



Theodor-Heuss-Stiftung

zur Förderung der *politischen Bildung und Kultur*
in Deutschland und Europa e.V.



**Neue Bündnisse für
unsere Demokratie**

**Neue Bündnisse für
unsere Demokratie**

- 4 Vorwort**
- 6 Texte der Urkunden**
Preisträger 2001
Medaillenenmpfänger 2001
- 10 Grußwort**
Bundeskanzler Gerhard Schröder
- 11 Begrüßung**
Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Schuster
- 15 Grußwort**
Minister Prof. Dr. Peter Frankenberg
- 17 Würdigung der Medaillenträger**
Dr. Ludwig Theodor Heuss
- 22 Würdigung des Preisträgers**
Richard von Weizsäcker
- 25 Dank**
Bundestagspräsident Wolfgang Thierse
- 30 Forum**
Diskussion der Preis- und Medaillenträger
- 40 Schlusswort**
Dr. Hildegard Hamm-Brücher
- 45 Anhang**
zum 80. Geburtstag von Hildegard Hamm-Brücher
Festvortrag von Lord Rolf Dahrendorf
- 53 Ehrentafel**
- 56 Einladung zum Freundeskreis von Lothar Späth**
- 58 Die Theodor-Heuss-Stiftung in Kürze**
- 62 Preis- und Medaillenträger 1965-2000**
- 67 Ausschreibungsbedingungen**
- 68 Freundeskreis**
Impressum

Liebe Freunde und Förderer der Theodor-Heuss-Stiftung, mit diesem Heft überreichen wir Ihnen die Dokumentation der 37. Theodor-Heuss-Preis-Verleihung, die am 14. Juli 2001 in der Alten Reithalle in Stuttgart stattgefunden hat. Der Preis und die ihm ebenbürtigen Medaillen standen in diesem Jahr unter dem Motto »Neue Bündnisse für unsere Demokratie«. Die Preisverleihung wurde vom Ereigniskanal PHOENIX wieder live übertragen und von einigen anderen Programmen in Ausschnitten übernommen. Zusammen mit dem lebhaften Presse-Echo hat sie dadurch das Engagement der diesjährigen Preis- und Medaillenträger für die vielfältigen Aufgaben öffentlich bekannt gemacht, vor die uns das Zusammenleben mit Fremden und die Auseinandersetzung mit einem gewalttätigen Rechtsextremismus bei der Gestaltung unserer Demokratie stellt.

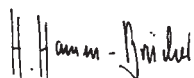
Wenn Sie diese Dokumentation in den Händen halten, wird in der Theodor-Heuss-Stiftung ein weitreichendes Revirement vollzogen sein. Die Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts, Frau Prof. Dr. Jutta Limbach, übernimmt den Vorsitz unserer seit 37 Jahren von ihrer Gründerin, Hildegard Hamm-Brücher, geleiteten Stiftung. Neu in den Vorstand wurden gewählt: Joachim Gauck, einer der Preisträger des Jahres 1991, Prof. Dr. Wolf Lepenies, der Preisträger des Jahres 2000, sowie Rupert Graf Strachwitz, Direktor des Maecenata Instituts Berlin, und die Heidelberger Oberbürgermeisterin Beate Weber. Damit wird die Stafette weitergegeben, aber unser Team bleibt zusammen. Gemeinsam mit den neuen Mitgliedern, mit Ministerpräsident a.D. Lothar Späth als neuem Vorsitzenden des Freundeskreises und Friedrich Graf von der Groeben als Schatzmeister wollen wir auch in Zukunft im Sinne von Theodor Heuss unsere Beiträge leisten, Demokratie als Staats- und als Lebensform zu gestalten, und uns angesichts der existentiellen Bedrohung der demokratischen Zivilisation erst recht für Zivilcourage und freiheitliche Gesinnung, für die Achtung vor der Würde des anderen, für Toleranz und engagierte Mitverantwortung einsetzen.

Dazu brauchen wir immer wieder Mitstreiter, Freunde und Helfer. Auch in diesem Jahr können wir wieder für vielfältiges Interesse an unserer Arbeit, Spenden und Mitwirkung bei unseren Projekten danken, insbesondere für das lebhaftes Echo auf unsere Aktionen zur Spenden-

werbung aus Anlass des 80. Geburtstages von Hildegard Hamm-Brücher und zur Werbung für den Freundeskreis anlässlich der Preisverleihung. Staatliche und städtische Mittel, für die wir sehr dankbar sind, können- und sollen- nur einen Teil unseres Bedarfs decken. Auch in finanzieller Hinsicht wollen und müssen wir eine echte Bürger-Initiative sein, die ihre Aufgaben nur mit Hilfe »vieler Freiwilligkeiten« (T. Heuss) erfüllt. Deswegen bitten wir Sie herzlich um ihre (steuerlich abzugsfähige) Spende oder, wenn Sie uns nachhaltig unterstützen wollen, um Zustiftungen, die neuerdings besonders begünstigt sind. Wenn Sie auch persönlich an unserer Arbeit teilnehmen wollen, möchten wir Sie einladen, Mitglied des Freundeskreises der Theodor-Heuss-Stiftung zu werden. (Adressen und Bankverbindungen finden Sie auf der letzten Seite).

Wir grüßen Sie in dankbarer Verbundenheit.

Ihre Theodor-Heuss-Stiftung



Hildegard Hamm-Brücher
Vorsitzende



Richard von Weizsäcker
Vorsitzender des Kuratoriums

Bundestagspräsident Wolfgang Thierse

Der **Theodor-Heuss-Preis** für das Jahr 2001 wird dem Präsidenten des Deutschen Bundestages Wolfgang Thierse zuerkannt für sein beispielhaftes Engagement zur Stärkung unserer Demokratie als Staats- und als Lebensform. Für Demokratie zu leben, Freiheit zu erfahren, gerechten Wohlstand zu gewinnen, das waren schon zu Zeiten der DDR die Träume, die sich für Wolfgang Thierse mit der Sehnsucht nach der Wiedervereinigung verbanden. Dazu bekannte er sich als Bürgerrechtler mutig und Benachteiligung in Kauf nehmend. Nach dem Fall der Mauer entschied er sich verantwortungsbereit für den Weg in die Parteiendemokratie und ins Parlament, hielt aber fest an seinen bürgerrechtlichen Überzeugungen.

Den demokratischen Grundkonsens immer neu zu stiften, ist ihm vordringliches Anliegen: im Eintreten für eine Kultur der Mitmenschlichkeit und der Achtung vor ethnischen, religiösen und kulturellen Unterschiedlichkeiten, im Zeugnis für eine ostdeutsche Identität in gesamtdeutscher Verantwortung und im Einsatz für ein Deutschland guter Nachbarschaft in Europa. Wolfgang Thierse zeigt diese Grundlagen und Bedingungen des Zusammenlebens im vereinten Deutschland nicht nur auf, er lebt sie auch und handelt danach.

So fördert er das Ansehen des Parlaments beim Bürger, indem er auf Initiativen und Engagement aus der Bürgergesellschaft partnerschaftlich antwortet. Damit festigt er den demokratischen Zusammenhalt zwischen den im Staat Verantwortlichen und im Gemeinwesen tätigen Bürgern. Trotz Kritik und gelegentlicher Anfeindungen stellt er sich mit hohem persönlichen Einsatz der Auseinandersetzung mit rechtsextremistischer Gewalt und ermutigt damit – vor allem junge Bürger – zu Zivilcourage und Widerstehen.

Der Theodor-Heuss-Preis für das Jahr 2001 gilt einem bürgerschaftlich engagierten Politiker, der sich dem Zusammenwirken von Bürgern und Parteien, Volk, Volksvertretung und Regierung verpflichtet fühlt. Damit gibt er ein Beispiel zur Stärkung unserer Demokratie als Staats- und als Lebensform, und dafür schulden wir Wolfgang Thierse Dank und Anerkennung.

Mitglieder des Internationalen Ausschusses des Gemeinderats in Stuttgart

Eine **Theodor-Heuss-Medaille** für das Jahr 2001 wird den ausländischen Mitgliedern des Internationalen Ausschusses des Gemeinderats in Stuttgart zuerkannt für ihr langjähriges kommunalpolitisches Engagement und ihre konstruktive Einflussnahme auf Entscheidungen in Ausländerfragen.

Zusammen mit dem Oberbürgermeister, Angehörigen der Stadtverwaltung und Mitgliedern des Gemeinderats haben Ausländer, die seit langem in Stuttgart leben, auch öffentliche Aufgaben übernommen und sich über Jahre beharrlich und gegen viele Rückschläge für ein friedliches Zusammenleben zwischen deutschen und ausländischen Mitbürgern eingesetzt. Sie haben erreicht, dass der Internationale Ausschuss – 1971 war er der erste Ausschuss mit dieser Aufgabenstellung bei einem westdeutschen Gemeinderat – heute ein Organ des Gemeinderats ist. Er unterstützt das bürgerschaftliche Engagement ausländischer Bürger mit Anregungen und Empfehlungen und erarbeitet Vorschläge für ihre Integration. Seine Stellungnahmen finden Eingang in die Beschlussfassung des Gemeinderats.

Damit geben beide Gremien ein nachahmenswertes Beispiel für die Einbeziehung ausländischer Mitbürger in das Miteinander von Bevölkerung, Rat und Verwaltung in der kommunalen Selbstverwaltung. Das erfordert demokratische Offenheit, Geduld und realistisch-nüchterne Bereitschaft zum kooperativen Handeln.

Mit der Zuerkennung einer Theodor-Heuss-Medaille für das Jahr 2001 soll diese konstruktive Zusammenarbeit anerkannt, ermutigt und dankbar gewürdigt werden.

Bürgerinnen und Bürger der Stadt Arnberg und ihr Bürgermeister Hans-Josef Vogel

Eine **Theodor-Heuss-Medaille** für das Jahr 2001 wird den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Arnberg/Sauerland und ihrem Bürgermeister Hans-Josef Vogel zuerkannt für ihr Engagement in allen Angelegenheiten des Zusammenlebens mit Flüchtlingen und Fremden.

Arnberger Bürgerinnen und Bürger setzten sich zusammen mit ihrem Bürgermeister trotz aller Widerstände dafür ein, 200 Kosovaren in ihrer Stadt die neu gefundene Heimat zu erhalten. Sie ergriffen die Initiative, bereits lange bevor die Innenminister der Länder die Bereitschaft erkennen ließen, Bürgerkriegsflüchtlingen aus dem Kosovo, die bei uns einen Arbeitsplatz gefunden haben, ein Bleiberecht auf Dauer zu gewähren. Die ehemaligen Flüchtlinge sind inzwischen nicht nur zu unersetzbaren Arbeitskräften geworden, sie beteiligen sich auch am öffentlichen Leben und haben sich mit ihren Familien in der Stadt integriert. Ihre Kinder sind zum großen Teil in Arnberg geboren und leben mit ihren deutschen Nachbarn zusammen.

In ihrem Bündnis mit den ursprünglich »Fremden« geben Bürgermeister und Bürger nicht nur eine Antwort auf den auch in Arnberg herrschenden Facharbeitermangel, sie bestehen damit ebenso eine Bewährungsprobe für die Weiterentwicklung unserer Demokratie. Ihr Beispiel bestätigt auch, dass sowohl Bürgerinnen und Bürger als auch Bürgermeister und Gemeinderäte großen Einfluss darauf haben, ob in ihren Gemeinden Fremdenfeindlichkeit abgebaut wird und »Bündnisse« als Impulse für eine lebendige Bürgerdemokratie zustande kommen.

Mit der Theodor-Heuss-Medaille soll das beispielhafte Engagement in der Stadt Arnberg anerkannt und gewürdigt werden. Möge die »kleine Demokratie« der Bürgerinnen und Bürger mit ihrem Bürgermeister auch andere Gemeinden ermutigen, wenn nötig gegen die »größere« aufzustehen, wenn es darum geht, demokratische Offenheit, Toleranz und Zusammenhalt gegenüber nahen wie fernen Nachbarn zu üben.

Netzwerk Demokratische Kultur e.V. Wurzen

Eine **Theodor-Heuss-Medaille** für das Jahr 2001 wird dem Netzwerk Demokratische Kultur e.V. Wurzen zuerkannt, mit dem sich der Student Markus Zeeh zusammen mit jungen Freunden gegen rechtsextremistische Gewalt und Fremdenfeindlichkeit einsetzt.

Markus Zeeh und seine Freunde engagieren sich, obwohl sie inzwischen in Leipzig studieren, in ihrer Heimatstadt Wurzen in beispielhaft mutigen Initiativen, um dem gewalttätigen Rechtsextremismus eine demokratische Kultur entgegenzusetzen. Seit 1999 organisieren sie Veranstaltungen und geben ein »Extrablatt« heraus, in dem sie ihre Aktivitäten bekannt machen und für Mitarbeit werben. Sie gehen in Schulen und Jugendclubs. Sie suchen bei Schulleitern, Kirchenvertretern und in der Stadtverwaltung Mitstreiter zu gewinnen. Auf diese Weise haben sie ein demokratisches Netzwerk aufgebaut, das sich gegen die etablierte rechte Szene stellt und dafür sorgt, dass Opfer rechter Gewalt nicht allein bleiben.

Das Netzwerk Demokratische Kultur wirkt in Wurzen und Umgebung. Es bezieht Stellung gegen Rechtsextremismus und Rassismus und tritt für ein gewaltfreies Aushandeln von Konflikten ein. Es engagiert sich für die Stärkung des sozialen Zusammenhalts, für die Rechte von Minderheiten und versucht, Jugendlichen Chancen zu Beteiligung und Mitarbeit zu eröffnen. Damit gibt das Netzwerk ein Beispiel, wie unsere demokratischen Kultur durch ein praktisches Bündnis dort gestärkt werden kann, wo sie besonders gefährdet ist.

Dieses Engagement soll mit einer Theodor-Heuss-Medaille anerkannt und dankbar gewürdigt werden. Sie soll junge Demokraten in Wurzen und überall dort, wo sie gegen rechtsextremistische Herausforderungen aufbegehren, ermutigen und bestärken.

»Ein überzeugter Demokrat mit vorbildlicher ziviler Gesinnung«

Die Theodor-Heuss-Stiftung hat eine gute Wahl getroffen: Den diesjährigen Theodor-Heuss-Preis erhält der Präsident des Deutschen Bundestages, Wolfgang Thierse, der sich über viele Jahre mit Nachdruck für die Stärkung der Bürgerrechte und der Zivilgesellschaft eingesetzt hat.

Wolfgang Thierse hat von sich selbst einmal gesagt, dass er geprägt durch die Erfahrungen in der früheren DDR mit Sehnsucht auf die Demokratie im Westen geschaut habe. Auch von daher versteht sich sein beharrlicher Einsatz für Freiheit, Menschenwürde und parlamentarische Demokratie, für die er als Bürger, als Abgeordneter und im hohen Staatsamt wirbt.

Wie nur wenige hat Wolfgang Thierse couragiert und frühzeitig vor Ausländerfeindlichkeit, Fremdenhass und Gewalt gewarnt. Wir wissen: Demokratie lebt vom Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Und die Verteidigung der Demokratie ist stets auch Angelegenheit jeder und jedes einzelnen. Darum ist es richtig und immer wieder nötig, an die Menschen zu appellieren, an ihren ganz normalen alltäglichen Anstand, gegen rechtsextremistische Erscheinungen in unserer Gesellschaft entschlossen vorzugehen und Schutzbedürftigen und Minderheiten zu helfen.

Wolfgang Thierse ist ein streitbarer und eigenwilliger Politiker. Jemand, der nicht nur präsidial zurückhaltend moderiert, sondern gelegentlich mit zugespitzten Formulierungen Debatten selbst anstößt und forciert. Unerschrocken und unabhängig, geradlinig und beherzt, so beschreiben ihn die Leitartikler. Ein überzeugter Demokrat mit vorbildlicher ziviler Gesinnung.

Die Theodor-Heuss-Stiftung zeichnet Wolfgang Thierse für sein »nachdrückliches Engagement für unsere Demokratie« aus. Dafür, dass er »das Ansehen des Parlaments beim Bürger« fördert und bürgerschaftliches Engagement ermutigt. Dieser Begründung schließe ich mich gerne an. Dem diesjährigen Träger des Theodor-Heuss-Preises gratuliere ich herzlich zu dieser ehrenvollen und verdienten Auszeichnung. (Berlin, im Juni 2001)

»Neue Bündnisse
für unsere
Demokratie«



Herzlich willkommen in Stuttgart! Es ist mir Freude und Ehre zugleich, Ihnen die guten Wünsche der Stadt überbringen zu dürfen. Vor allem aber betrachte ich es als Vorzug, Sie alle auch im Namen der Theodor-Heuss-Stiftung hier begrüßen zu können. Die hochrangige Zusammensetzung der Festcorona aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft beweist einmal mehr: Der Theodor-Heuss-Preis ist nach wie vor und unbestritten das Großkreuz unter den demokratischen Prädikaten, der pour le mérite unserer freiheitlichen Bürgergesellschaft!

I.

Sie, verehrte Frau Dr. Hamm-Brücher, haben sich durch die Gründung und Führung der Theodor-Heuss-Stiftung um dieses Gemeinwesen verdient gemacht. Mit unserem Dank verbinden wir alle hier unsere besten – wenn auch nachträglichen (11. Mai) – Glückwünsche zu Ihrem 80. Geburtstag: ad multos annos!

Zwei elder statesmen bürgen durch ihre Anwesenheit dafür, dass unsere Demokratie immer noch frisch und vital genug ist, auch »neue Bündnisse« zu bilden, wie es das diesjährige Motto des Preises fordert. Willkommen, meine Herren Alt-Bundespräsidenten von Weizsäcker und Scheel, die Sie heute an den Neckar gekommen sind.

Die Landeshauptstadt und das Land Baden-Württemberg teilen sich stolz die »Pflegeelternschaft« der Theodor-Heuss-Stiftung. Ich begrüße unter diesem Blickwinkel den neuen Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Herrn Professor Dr. Frankenberg, ebenso wie seinen Vorgänger, Herrn Minister a.D. – man muss sich erst daran gewöhnen – von Trotha.

Erlauben Sie mir bereits an dieser Stelle einen herzlichen Willkommensgruß an unseren früheren Ministerpräsidenten Dr. Lothar Späth. Herr Dr. Späth ist vor wenigen Tagen erst zum neuen Vorsitzenden des Freundeskreises der Theodor-Heuss-Stiftung gewählt worden. Wohl dem, der solche Freunde hat! Ich bin mir sicher, er wird dieses Forum mit gewohnter Brillanz nutzen, um diesen Freundeskreis noch am heutigen Tage substantiell zu erweitern!

Wenn ich vorhin den Begriff der »Pflegeelternschaft« gewählt habe, dann konnte ich das nur wagen, weil wir uns hier stets in ausgesprochen familiärer Weise zusammenfinden. Sie, sehr verehrte Familie Heuss – Frau Heuss, Frau Babic-Heuss und Herr Dr. Heuss: Herzlichen Dank dafür und ein besonders herzliches Willkommen.

II.

Der Theodor-Heuss-Preis unternimmt alljährlich den stets erfolgreichen Versuch, »Brückenbauer« aufzufinden und durch die Würdigung gewissermaßen zu kanonisieren. Andere sollen sich an diesen herausragenden Beispielen aufrichten und orientieren.

Brückenbauen – auf »Neuschwäbisch« nennt man das heute wohl »Networking«. Ich stehe dafür, dass unsere Gesellschaft, die kommunale zumal, nur dann überleben kann, wenn wir möglichst viele solcher Vernetzungen schaffen.

Um so mehr bin ich stolz darauf, dass in diesem Jahr auch die Landeshauptstadt in das Pantheon der Heuss-Preisträger erhoben wird. Und ich rechne auf Ihr freundliches Verständnis, wenn ich zuallererst – ganz parteiisch – die früheren und aktuellen Mitglieder unseres Internationalen Ausschusses beglückwünsche und begrüße.

Die Diskussion über Zuwanderung und Integration ist bundesweit in Bewegung geraten. Die Anerkennung der Einwanderungsrealität in unserem Land über Parteigrenzen hinweg hat nun einen konstruktiven politischen Austausch darüber ermöglicht, wie wir die Zuwanderung gestalten und das Zusammenleben von Einheimischen und Zugewanderten fördern wollen.

Die Vielfalt der Nationen, Kulturen und Religionen spiegelt sich im Mikrokosmos unserer Großstadt wieder. Die nichtdeutschen Stuttgarterinnen und Stuttgarter machen ein Viertel der Gesamtbevölkerung und ein Drittel aller Familien in unserer Stadt aus. Sie haben in den letzten Jahren und Jahrzehnten große Anstrengungen für den wirtschaftlichen Aufbau, für die Lebensqualität und für die Bereicherung des Zusammenlebens in unserer Gesellschaft geleistet.

Die pragmatische und liberale Integrationspolitik der Landeshauptstadt ist sehr stark von meinem Vorgänger, Herrn Altoberbürgermeister Dr. Manfred Rommel geprägt worden. Er hat vor Jahren bereits die Grundtonart angestimmt: »Es handelt sich nicht mehr um Ausländer, sondern um Inländer ohne deutschen Pass.«

Damit sind im Prinzip die Aussagen der aktuellen Zuwanderungskommission vorweggenommen. Die deutliche Wahrnehmung und Anerkennung der Einwanderungsrealität eröffnet die Chancen zur Gestaltung dieser Realität zum Wohle aller. Wir sind in Stuttgart gerade dabei, die Linien und konzeptionellen Grundlagen unserer Integrationsarbeit neu zu definieren und auf Aktualität hin zu formulieren.

Wir können dabei auf den liberalen und kompetenten Integrationskurs eines kommunalpolitischen Gremiums bauen, das den Gemeinderat und die Stadtregierung seit nunmehr 18 Jahren sachkundig berät.

Seit 1971 hat sich mehr und mehr ein erfolgreiches Aktionsfeld der politischen Partizipation entwickelt. Für die Zukunft bin ich optimistisch. Ich danke allen ehemaligen und aktuellen Mitgliedern für ihre Überzeugungsarbeit und ihren Einsatz. Als »Brückenbauer« schaffen Sie zahlreiche Orte und Gelegenheiten der Begegnung, die das gegenseitige Verständnis und die gegenseitige Verständigung verbessern.

Wir werden in Politik und Gesellschaft, als Einheimische und Zugewanderte, künftig noch verbindlicher und zielgerichteter das notwendige Handlungsrepertoire erarbeiten, um den gegenwärtigen und den kommenden Herausforderungen der interkulturellen Gesellschaft gerecht werden zu können.

Wir haben den Ausländerausschuss vor wenigen Jahren umgetauft, um diesen Paradigmenwechsel auch nach außen hin deutlich zu machen. Um unsere Entschlossenheit zu unterstreichen: Wir suchen gemeinsam nach lokalen Antworten auf globale Fragen. Trotz babylonischen Sprachgewirrs und medialer Überflutung wollen wir eine gemeinsame Sprachregelung und Verständigung für die Zukunft finden, Netzwerke schaffen – »Brücken bauen«.

III.

Erlauben Sie, sehr geehrter Herr Bundestagspräsident Thierse, dass ich dieses tertium comparationis aus Ihrer mannigfaltigen Vita und Bilanz auswähle. Sie gelten ebenfalls als Brückenbauer, gleichwohl auf einer anderen Ebene. Engagiert und unüberhörbar haben Sie sich stets dann zu Wort gemeldet, wenn die Interessen der Menschen gefragt waren.

Durch Ihren Einsatz für die Stärkung der Zivilgesellschaft im deutschen Osten und ein gutes nationales Ost-West-Verhältnis haben Sie sich als provokanter Mahner und Agitator im besten Wortsinn erwiesen, wenn es darum geht, Solidarität neu zu denken und zu gestalten. In Ihrer Kompromisslosigkeit haben Sie übrigens die volle Rücken-

deckung von Theodor Heuss, der gewusst hat: »Demokratie ist nie bequem.« In dieser Ihrer Dienstleistung am Gemeinwesen wird Demokratie zur Lebensform. Der frühere Bundeswirtschaftsminister und Bundeskanzler Ludwig Erhard hat sich dazu einmal folgende Gedanken gemacht: »Höchsten Lohn und größtes Glück empfängt der, der dem Gemeinwesen dient im Bewusstsein rechtens und gerecht erfüllter Pflicht; Charakter und Leistung bestimmen seinen Wert und seinen Weg. Ich stehe dafür ein, dass das die Tugenden sind, ohne die ein Gemeinwesen nicht bestehen kann.«

Wenn Sie, verehrte Frau Hamm-Brücher, und die Theodor-Heuss-Stiftung jedes Jahr aufs Neue mit dieser Preisverleihung die Stadt Stuttgart ehren, dann tragen Sie auch jedes Jahr aufs Neue das Bewusstsein in dieses Gemeinwesen: Solche Tugenden gibt es noch! Jeder Einzelne von uns kann nach seinen Kräften Verantwortung übernehmen.

Dafür herzlichen Dank !

Nochmals ein herzliches Willkommen in Stuttgart.

»Demokratie ist nie bequem.«



Ab dem nächsten Jahr wird es ein Stück schwieriger, das Andenken an Theodor Heuss hoch zu halten – ein Zweimarkstück schwieriger, um genau zu sein. Denn mit der Einführung des Euro werden die Porträts des ersten Bundespräsidenten aus unseren Portemonnaies verschwinden.

Umso wichtiger, dass es die Theodor-Heuss-Stiftung gibt, die auch weiterhin an den großen Demokraten Heuss erinnern und sich in seinem Sinne für die politische Bildung und die politische Kultur einsetzen wird. Der 37. Theodor-Heuss-Preis ist Beispiel und Ausdruck dieses Engagements.

Sehr gerne überbringe ich zur Preisverleihung die Grüße der Landesregierung von Baden-Württemberg. Theodor Heuss zählt ohne Zweifel zu den herausragenden Persönlichkeiten unserer Landesgeschichte – einer der Väter nicht nur des Grundgesetzes, sondern auch des demokratischen Neubeginns im deutschen Südwesten.

Eine zu Recht häufig zitierte Einsicht von Heuss lautet: »Demokratie ist nie bequem.« Dass dies zutrifft, haben die heutigen Preisträger zweifellos oft erfahren. Dennoch, oder gerade deshalb, praktizieren sie ein vorbildliches bürgerschaftliches Engagement.

Sehr geehrter Herr Bundestagspräsident: Sie haben vor fünf Jahren ein Buch herausgegeben mit dem Titel: »Ist die Politik noch zu retten?« Ich bin Optimist genug, um diese Frage mit »ja« zu beantworten. Dies setzt aber voraus, dass es in unserer parlamentarischen Demokratie genügend Politikerinnen und Politiker gibt, die sich unermüdlich für die demokratischen Grundwerte und gegen Intoleranz und Extremismus einsetzen. Ich freue mich deshalb, sehr geehrter Herr Thierse, über Ihre heutige Auszeichnung und gratuliere Ihnen herzlich.

Arnsberg im Sauerland hat um die 80.000 Einwohner. Ich weiß nicht, ob jeder und jede mit einer eigenen Heuss-Medaille rechnen kann. Das könnte darauf hinauslaufen, einen Ersatz für das Theodor-Heuss-Zweimarkstück zu schaffen. Doch selbst wenn es nicht für alle in Arnsberg reichen sollte, steht fest: Verdient haben die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt mit ihrem Bürgermeister, Hans-Josef Vogel, die Auszeichnung. Ihr Einsatz für Flüchtlinge ist ungewöhnlich und bemerkenswert.

Dass auch Bürgerinnen und Bürger der baden-württembergischen Landeshauptstadt unter den zu Ehrenden sind, freut mich besonders. Seit vielen Jahren setzt sich der Internationale Ausschuss des Stuttgarter Gemeinderates für ein gelingendes Zusammenleben von Ausländern und Deutschen ein und verschafft den Ausländern in der Stuttgarter Kommunalpolitik Gehör.

Mit Entschlossenheit und Einfallsreichtum treten Markus Zeeh und andere junge Menschen im Netzwerk Demokratische Kultur Wurzeln für gelebte Demokratie ein. In einer Zeit, in der rechtsextreme Einstellungen sich vielerorts bei Jugendlichen immer mehr verbreiten, kann man dieses mutige Engagement gar nicht hoch genug bewerten.

Alle Genannten sind würdige Träger ihrer Auszeichnungen, mit denen gewiss auch unser erster Bundespräsident einverstanden gewesen wäre. Meine herzliche Gratulation verbinde ich mit dem Wunsch, dass diese Ehrung Sie in Ihrem Engagement weiter bestärken möge.



I.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, willkommen zur 37. Preisverleihung der Theodor-Heuss-Stiftung, die es sich zum Ziel gesetzt hat, vorbildliches demokratisches Verhalten, bemerkenswerte Zivilcourage und beispielhaften Einsatz für das Allgemeinwohl in Deutschland und Europa zu fördern, anzuregen und zu unterstützen. Im Sinne der Satzung bedeutet dies die Förderung hervorragender Beispiele gelebter Demokratie und aktiver Toleranz in der Gesellschaft und die Förderung des Gedankens der Völkerverständigung und der Welttoffenheit. Bei der Verleihung des Theodor-Heuss-Preises sind Preisträger und Medaillenenmpfänger gleichberechtigt und illustrieren unterschiedliche Facetten des gleichen Ziels. Bestand und Weiterentwicklung der demokratischen Kultur in Deutschland kann nur gelingen, wenn der Funke eigenständigen demokratischen Denkens und Handelns nicht nur an feierlichen Anlässen wie dem heutigen beschworen wird, sondern wenn er tatsächlich überspringt und weiter um sich greift. Insofern bilden Preisträger und Medaillenenmpfänger ein Ensemble, das das funkelnde Beispiel der einen in der Tätigkeit der anderen reflektiert. Demokratisches Handeln und Zivilcourage sind der Transmissionsriemen einer lebendigen Zivilgesellschaft, ein Transmissionsriemen auch zwischen der Gesellschaft und ihren gewählten Repräsentanten.

II.

Eine Theodor-Heuss-Medaille geht an die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Arnberg im Sauerland und ihren Bürgermeister Hans-Josef Vogel. Sie setzten sich gemeinsam trotz aller Widerstände dafür ein, 270 Kosovo-Flüchtlingen in ihrer Stadt die neu gefundene Heimat zu erhalten. Dabei widersetzten Sie sich, Herr Bürgermeister Vogel, trotz Drohung mit der Dienstaufsicht offen dem Erlass Ihres Innenministeriums, die Kriegsflüchtlinge notfalls auch mit Gewalt abzuschieben. Nun ist fehlende Subordination unter den Erlass einer vorgesetzten demokratischen Behörde per se noch kein Grund für einen Theodor-Heuss-Preis, doch die Sachlage ist vielschichtiger: In der Folge setzten sich eine Vielzahl von Arnberger Bürgern, Mitschüler, Nachbarn und Freunde, kirchliche Organisationen und Flüchtlingsrat, aber auch Handwerksmeister



und Unternehmer für ein Bleiberecht ihrer Flüchtlinge ein. Ein eindrucksvolles Beispiel dafür, wie stark die betroffenen Familien aus dem Kosovo in dieser Stadt bereits integriert wurden und sind. Handelt es sich doch um Menschen, deren Kinder vielfach bereits in Deutschland geboren wurden, untereinander deutsch sprechen, die hier erstmals zur Schule gehen, die in das Arbeitsleben integriert sind und vor allem auch für viele Handwerker und kleinere Unternehmen unverzichtbare Mitarbeiter darstellen. Die Diskussion in Arnswald machte auch deutlich, in welchem inneren Widerspruch der »Rückführungs-Erlass« zur gegenwärtigen Zuwanderungsdiskussion und zu den aktuellen Bedürfnissen der Stadt steht. Aufgrund sinkender Geburtenzahlen und Bevölkerungsrückgang müssten künftig Kindergärten, Schulen und Kultureinrichtungen schließen und der Facharbeitermangel würde sich weiter zuspitzen. Während auf Bundesebene eine neue Zuwanderungs- und Integrationspolitik diskutiert wird, um der demographischen Entwicklung gegenzusteuern, stehen andererseits bereits integrierte Familien vor der zwangsweisen Rückführung, Familien, die vor 10 und mehr Jahren ursprünglich als Kriegsflüchtlinge gekommen, inzwischen längst zu Zuwanderern geworden sind. Die Bürger und der Bürgermeister der Stadt Arnswald werden ausgezeichnet, weil sie humanitäre, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen ihrer Stadt nicht verdrängt, sondern sich mit ihrer Aktion mutig und mit Pragmatismus gegen die Rückführung der Kosovo-Flüchtlinge und für das Zusammenleben mit den ehemals Fremden eingesetzt haben. Sie sind auch ein Beispiel dafür, wie wichtig in einer lebendigen Demokratie die Auseinandersetzung und das Ringen zwischen den fühlbaren, bürgernahen und den abstrakten Normen ist und mit welcher Dynamik sich eine so lebendige demokratische Gemeinschaft einer Initiative für eine weltoffene und tolerante Stadt anschließt und damit Immunität gegen Rechtsextremismus und Gewalt beweist.



III.

1971, vor 30 Jahren, als die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte auf dem Höhepunkt stand, als der Begriff des »Gastarbeiters« die öffentliche Diskussion prägte und Max Frisch sein berühmtes Dictum schrieb: »wir riefen Arbeitskräfte, und es kamen Menschen«; 1971 wurde in Stuttgart der erste dem Gemeinderat zugeordnete Beirat für die kommunalpolitische Beteiligung ausländischer Einwohner ins Leben gerufen. In dieser Form und dieser Aufgabenstellung erstmalig in einer westdeutschen Kommune und voraussehend in Hinblick auf die Mitte der 70er Jahre mit Ölkrise und Rezession einsetzende Verschärfung der Situation. Dieses Gremium, seit 1983 beratender Ausländerausschuss und seit 2000 Internationaler Ausschuss, war und ist Wirkungsort eines zunehmenden Einbezugs ausländischer Bürgerinnen und Bürger in die politischen Entscheidungsprozesse. Wenn die Theodor-Heuss-Stiftung heute die ausländischen Mitglieder des Internationalen Ausschusses des Gemeinderats in Stuttgart mit einer Theodor-Heuss-Medaille auszeichnet, so gilt dies vor allem dem Engagement von Menschen, die sich dem Spannungsfeld von kultureller Identität und sozialer Integration nicht entziehen. Es gilt dem Engagement von Menschen, die ihre individuelle Freiheit und soziale Verantwortung nicht getrennt leben, sondern bereit sind, Brücken zu bauen und Verständnis zu wecken. Es gilt vor allem dem Ziel, durch ein aktives Mitwirken am politischen Meinungsbildungsprozess zu verhindern, dass ein substanzieller Teil der Gesellschaft ohne Möglichkeiten der gestalterischen politischen Teilhabe an den Rand der gesellschaftlichen Strukturen gedrängt wird – oder sogar darüber hinaus. Denn der Internationale Ausschuss in Stuttgart nutzt die Spielräume des Kommunalverfassungsrechtes konsequent. Sein Wirkungskreis geht weit über Empfehlungen und Anregungen am Rande hinaus. Durch intensive Zusammenarbeit aller Beteiligten werden konkrete Lösungsmöglichkeiten zur Integration ausländischer Mitbürger erarbeitet, im Gemeinderat vorgestellt und dort auch verabschiedet. Sich



in der Sprache eines ehemals fremden Landes an der Kleinarbeit kommunaler Willensbildung zu beteiligen, ist keine Selbstverständlichkeit, sondern ein Beispiel aufrechter Integration, ein wichtiges Argument in dem, wie auch hier Beispiele von Rückschlägen zeigen, oftmals heiklen und schwierigen Dialog zwischen Nationalitäten und Kulturen. Doch, um ein anderes Frisch-Zitat zu verwenden: Demokratie heisst, sich in seine Angelegenheiten einzumischen. Der Internationale Ausschuss des Gemeinderates in Stuttgart ist hierfür ein gewachsenes Modell.

IV.

Wurzen ist eine Kleinstadt in Sachsen und gilt als eine der ost-deutschen Hochburgen für rechtsradikale Kräfte. Eine nationalistische Monokultur mit Skinheads, Bomberjacken und Springerstiefeln als Attributen primitiver Gewalt prägt den Alltag vieler Jugendlicher und Erwachsener. Rechtsextreme Übergriffe auf ausländische, anders aussehende oder schlicht anders denkende Mitbürger sind Ausdruck eines gesellschaftlichen Umfeldes, in dem die Täter und ihre Ideologie toleriert, die Opfer dagegen stigmatisiert und ausgegrenzt werden. Wurzen mag ein Beispiel sein für einen Ort rechtsradikaler »kultureller Hegemonie« an dem sich mangelhaft entwickeltes Demokratiebewusstsein mit einem latenten Radikalismus paart und auf still zustimmende Koalitionen in Bürgerschaft und Verwaltung zählen kann. In diesem Umfeld haben Markus Zeeh und einige Freunde 1999 das Netzwerk für Demokratische Kultur e.V. (NDK) mit Unterstützung der Amadeu Antonio Stiftung und des Zentrums Demokratische Kultur (Berlin) gegründet. Das Netzwerk steht für eine gelebte demokratische Kultur, für das Einüben demokratischer Praktiken, für das gewaltfreie Aushandeln von Konflikten, kurz: für eine wache und aktive Zivilgesellschaft – ein Gegenstück zur Kultur des vorherrschenden Mainstreams. Im Kern geht es dabei um gewaltfreie Kommunikation, kommunale Mitbestimmung und die



Entwicklung neuer, demokratischer Formen des sozialen Zusammenhalts. Dazu bedient sich das Netzwerk mit bescheidenen Mitteln einer Vielfalt von Projekten, wie dem zweimonatlich erscheinenden »Wurze-ner Extrablatt«, einer Mediothek, der Unterstützung und Beratung von Einzelpersonen und Bürgergruppen, Recherchen über jüdische Geschichte in Wurzen, Gedenkveranstaltungen, einer Ausstellung und Studienreisen nach Theresienstadt und Auschwitz. So gelingt es, langsam die Basis des Netzes zu erweitern. Das Kuratorium der Theodor-Heuss-Stiftung ist vom demokratischen Engagement und persönlichen Mut der Initiatoren des Netzwerks Demokratische Kultur e.V. Wurzen beeindruckt und verleiht ihnen in Anerkennung hierfür eine Theodor-Heuss-Medaille.

IV.

Meine Damen und Herren!

Für alle vorgestellten Initiativen und Projekte gilt das Wort von Carl Friedrich von Weizsäcker: Wir verteidigen die Demokratie am besten dadurch, dass wir sie gebrauchen. Damit, sehr geehrte Preisträger, ist Ihr Engagement, ist Ihre Teilnahme am demokratischen Prozess und an der politischen Willensbildung nicht nur für Sie, für Ihre Sache, sondern für uns alle wichtig.

Wir sind Ihnen zu Dank verpflichtet.



» **N**eu**e** Bündnisse für unsere Demokratie« so lautet das Jahresthema für den diesjährigen Theodor-Heuss-Preis.

Für sein Engagement in der Demokratie als unserer Staats- und Lebensform, dafür – so steht es in der Verleihungsurkunde – erhält Wolfgang Thierse heute den Preis. Die Auszeichnung gilt nicht seinem Amt, sondern ganz unmittelbar seiner Person, seiner Art, seinem Amt gerade dadurch Ansehen zu verschaffen, dass er es in souveräner Unabhängigkeit den Bürgern verständlich macht, dass er im Amt ein vorbildliches Bürgerleben führt.

Zu Breslau geboren, nach Heimatvertreibung in Thüringen aufgewachsen, blieb ihm der erstrebte Journalistenberuf wegen verweigerter Jugendweihe, Militärdienst und Parteimitgliedschaft verschlossen. Als Kulturwissenschaftler wurde er wegen offener Worte entlassen – offene Worte sind ja bis heute sein Kennzeichen geblieben, aber er hat sie eben schon damals unter großem Risiko nie verleugnet. Dann fand er in der DDR einen der Staats- und Parteischnüffelei verborgen gebliebenen Platz als Mitverfasser am »Historischen Wörterbuch ästhetischer Grundbegriffe«. Eine »grimmige Idylle« der DDR nannte er später dieses Berufsleben, aber es war wohl eine lebenserfülltere Ästhetik als das, was wir darüber so abstrakt im Westen an den Unis gelehrt bekamen.

Als Mitglied der Bürgerbewegung nahm er aktiven Anteil an der Wende, wurde Mitglied der ersten freigewählten Volkskammer, Vorsitzender der SPD-Ost, bei der Vereinigung Abgeordneter und stellvertretender Vorsitzender in seiner Bundespartei. Seit dem Herbst 1998 ist er der Präsident des Deutschen Bundestages, der erste Bürger aus den östlichen Bundesländern an der Spitze dieses demokratisch wichtigsten Verfassungsorgans.

Im Zentrum seines Einsatzes steht, dem Bundestag seine überragende Funktion wieder zu stärken und besser wahrnehmbar zu machen, nämlich Forum der Nation zu sein. Denn es geht um mehr als um Gesetze. Der Bundestag hat eine repräsentative, politische und geistige Führungsaufgabe, die über die Tagesarbeit weit hinaus geht. Bei aller weltanschaulichen Neutralität unserer Demokratie kommt es ihm zu, über die Grundfragen unserer Zeit in eigener Weise zu debattieren, die die Öffentlichkeit packt, die zur Orientierung der Bürger beiträgt und

unter ihnen als überzeugende Aufforderung zur Aktivität weiter wirkt. Das ist eine schwere Aufgabe in einer Zeit, in der das politische Interesse einer Bevölkerung eher abnimmt, wenn ihr Bedarf nach Unterhaltungs- und Konsumkultur anwächst – aber auch wenn das eigene Verhalten mancher maßgeblichen Politiker ihre Achtung bei den Bürgern untergräbt.

Umso höher ist Wolfgang Thierses kraftvolles Engagement für Ansehen, Glaubwürdigkeit und zentrale Funktion der Volksvertreter zu rühmen. Er weiß natürlich genau, dass das Parlament seine Fraktionen und dass Fraktionen ihren inneren Zusammenhalt brauchen. Toleranz und Disziplin gehören dort zusammen. Bei politischem Streit gebührt nicht jedem Votum der Rang einer Gewissensfrage. Aber Thierse stärkt das Allerwichtigste, die Unabhängigkeit eines jeden Abgeordneten, wie es die Verfassung gebietet. Letzten Endes sind es nicht die Fraktionen, sondern die Persönlichkeiten, die mit ihrem Charakter und ihrer Überzeugungskraft Parlamentsdebatten zu jenen Sternstunden machen, welche in unser aller Gedächtnis haften bleiben und Geschichte schreiben. In dieser Richtung steuert Wolfgang Thierse das Haus und geht mit seinen eigenen klaren Worten voran, zum Engagement gegen Extremisten und Gewalt, zur Offenheit unserer menschlichen Begegnungen in einer gemischten Gesellschaft, zu einer gerechten und aktiven Freiheit. Er bringt jungen Menschen die von ihnen nicht erlebte, aber auch für sie wichtige Geschichte nahe: er macht sie in einem konstruktiven Sinne »gegenwartsproduktiv«. Langweilig wird es bei ihm nie.

Unlängst hat er mal wieder bewiesen, dass er kein Anhänger einer Verteilung salbungsvoller Beruhigungsmittel ist. Er sprach über die wirtschaftliche und soziale Lage in Ostdeutschland und sagte, sie stehe auf der Kippe. Ein Protest- und Sturmgeheul brach los, bis tief hinein in seine eigene Partei. Er selbst erhielt eine nie da gewesene Sturmflut zustimmender Post. Er hatte keinen einzigen Fortschritt und Erfolg bestritten, im Gegenteil. Aber in aller Nüchternheit hatte er darauf aufmerksam gemacht, dass sich gegenwärtig der Abstand zwischen Ost und West nicht mehr verringert, sondern zum Teil wieder zunimmt. War es naiv, was er sagte? Es war nach seinen eigenen Worten einseitig. Aber es war berechtigt, es war notwendig für unser Hinhören und Hinsehen, und es war – die Wahrheit!

Der letztjährige Heuss-Preisträger Wolf Lepenies hat uns eine treffliche Charakterisierung für ihn mit den Worten gegeben: »Auch wenn Wolfgang Thierse Katholik ist, steht er immer da und sieht so aus, als

könne er nicht anders: er muss auch unangenehme Wahrheiten aussprechen.« Das sieht aber nicht nur so aus, das ist so. Er ist weder ein abgebrühter und ausgelaugter Vollprofi, noch ist er naiv. Er moralisiert nicht herum. Vielmehr verbindet er einen erhellenden Durchblick mit einer ebenso vorbildlichen wie seltenen Zivilcourage.

Seine tiefeschürfenden Gedanken zur Kultur halte ich für besonders gewichtig. Wir sind in der EU unterwegs, aus einem halben Europa ein Ganzes zu machen. Mühsam kämpfen wir uns durch immer neue, nationale Interessen voran. Doch mit Interessen allein geht es nicht vorwärts. Es bedarf eines Bewusstseins europäischer kultureller Identität, deren für uns typischer Kern die Einheit in der Vielfalt ist. Alle europäischen Kulturen sind tief untereinander verwandt, und ihre Basis ist das gesunde Bewusstsein der Kultur des eigenen Volkes.

Zu dieser Lage wirft Wolfgang Thierse die Frage auf, ob denn jetzt, wo wir Deutschen eine Staatsnation geworden sind und in allseits respektierten und zugleich offenen Grenzen leben, ob denn also jetzt der Begriff der Kulturnation überflüssig geworden sei? Er verneint die Frage und diskutiert darüber, was denn heute eine Kulturnation sein könne, in einer Weise, die mit Verständnis und vorbildlichem Niveau einen Weg durch die oft verklemmten und fremdmotivbelasteten Kulturdebatten weist. Erhellend sind zumal seine Vergleiche mit dem kulturellen Bewusstsein unserer Nachbarn und seinen Symbolen.

Entscheidend ist, dass Kultur kein Paradiesgarten für die happy few ist, sondern fürs normale Leben völlig unentbehrlich. Mit Nachdruck setzt sich Wolfgang Thierse bei den Bürgergruppen und -initiativen dafür ein, das Bürgerengagement demokratiepolitisch zu verstehen und nicht nur als ein Sich-Nützlich-Machen. Dafür haben wir Grund zur Dankbarkeit für ihn.

Die Bürgergruppen tun gut daran, sich für Verständigung einzusetzen. Verständigung ist eine Kunst. Sie ist Kultur. Sie gehört zur privaten Existenz wie zum Funktionieren unserer Demokratie, und diese ist auf dem Geist des Volkes gegründet, nicht ihm aufgeprofft. Die Qualität der Demokratie orientiert sich mehr noch an ihren Bürgern als nur an ihren Ämtern und Politikern.

Wolfgang Thierse, selbst Politiker im hohen Amt, bringt uns eben diesen Bürgerappell nahe. Das ist gut gedacht und gut gehandelt im Geiste von Theodor Heuss. Freude und Glückwunsch!



Der Theodor-Heuss-Stiftung und ihrem Kuratorium danke ich für das Vertrauen, das sie mir mit der Zuerkennung des Theodor-Heuss-Preises entgegenbringen. Mir ist bewusst: Sie nehmen mich mit dieser Ehrung in die Pflicht, Sie verbinden mit dieser Ehrung bestimmte Erwartungen an den Preisträger, an sein politisch-moralisches Handeln. Dieses Handeln muss sich messen lassen am wirkungsmächtigen politischen Lebenswerk von Theodor Heuss – am Lebenswerk eines Politikers, der mit Leidenschaft für demokratische Ziele und Werte stritt und den antidemokratischen Bestrebungen seiner Zeit das eigene Engagement für die Grund- und Freiheitsrechte, für Menschenwürde, für Toleranz entgegensetzte.

Theodor Heuss war nach 1945 für lernende Demokraten – wie Frau Hamm-Brücher es einmal formulierte – »so etwas wie eine Leitfigur, ein ›Rocher de Bronze‹ im aufgewühlten Meer der politischen und menschlichen Katastrophen«. Er hat die geistigen Grundlagen unserer Verfassung wesentlich mitgeprägt und die parlamentarische Demokratie als Staats- und Lebensform beispielgebend verteidigt. Das Wissen um die Verdienste von Theodor Heuss bei der Ausgestaltung der politischen Kultur in Deutschland nimmt uns nachkommende Demokraten, Politiker wie Bürger, in die Pflicht.

Theodor Heuss, war schon zu Zeiten der Weimarer Republik davon überzeugt, dass die »Demokratie keine Glücksversicherung ist, sondern das Ergebnis politischer Bildung und demokratischer Gesinnung«. Dies ist ein Satz, der immer wieder gerne zitiert, doch allzu selten hinterfragt, allzu selten auf seine Tauglichkeit für heute untersucht wird.

Der von Theodor Heuss verwendete Begriff der demokratischen Gesinnung klingt im Zeitalter der ethischen Diskurse zunächst ein wenig altmodisch, ein wenig verbraucht, ein wenig nach letztem Jahrhundert. Doch ist er das wirklich? Ist die Rede von »demokratischer Gesinnung« ein alter Hut, ein Verlegenheitswort, ein Unwort gar – wo wir doch mit Max Weber zwischen Gesinnungs- und Verantwortungsethik zu unterscheiden gelernt haben? Welches sind die Gesinnungen, die im Verständnis von Theodor Heuss die Demokratie tragen? Und welcher Gesinnungen bedarf die Demokratie heute?

Wer sich mit Theodor Heuss' Verfassungs- und Demokratieverständnis beschäftigt hat, weiß, dass dieses wesentlich gezeichnet war durch bittere geschichtliche Erfahrungen – durch das erlebte Scheitern der Weimarer Republik und durch das Wissen um die Verbrechen des Nationalsozialismus. Dieses historische Wissen und das Wissen um die eigene Mitverantwortung für den Lauf der Dinge prägten das politische Ethos des Bundespräsidenten. Ich zitiere aus einer Rede von 1949: »Wir dürfen nicht vergessen, dürfen auch nicht Dinge vergessen, die die Menschen gerne vergessen möchten, weil das so angenehm ist. Wir dürfen nicht vergessen die Nürnberger Gesetze, den Judenstern, die Synagogenbrände, die Abtransporte von jüdischen Menschen in die Fremde und das Unglück, in den Tod. Das sind Tatbestände, die wir nicht vergessen dürfen, weil wir es uns nicht bequem machen dürfen.«

Dieses »es sich nicht bequem machen dürfen« galt in besonderem Maße auch für Heuss selbst, daran ließ er keinen Zweifel. Am 23. März 1933 hatte Theodor Heuss als Mitglied des Reichstags jenem Ermächtigungsgesetz zugestimmt, welches dann Reichstag und Reichsrat von der Gesetzgebung ausschloss und die nationalsozialistische Gewalt Herrschaft erst ermöglichte.

Heuss trug bis zu seinem Lebensende schwer an diesem politischen Irrtum. Dass er ihn später öffentlich und selbstkritisch reflektierte, ihn durch tätige Reue, durch vorbildliches politisches Tun praktisch zu revidieren suchte, fundierte seine Glaubwürdigkeit und Integrität im höchsten Amte unserer Republik. Auch dadurch ist er ein Vorbild für alle Demokraten geworden und geliebt.

Demokratische Gesinnung im Heuss'schen Verständnis setzt auf die Veränderungsfähigkeit und Veränderungsbereitschaft von Menschen. Egal wie wir uns definieren, ob als Demokraten, als Liberale, als Christen: Wir haben nicht das Recht, Menschen dauerhaft auf ihre Vergangenheit zu fixieren, sie in das Gefängnis ihrer Geschichte einzusperren. Ganz im Gegenteil: Wir haben die Pflicht, den Menschen Veränderungen zuzutrauen, ihnen Umkehr und Läuterung zu ermöglichen. Umkehr und Läuterung sind urchristliche Motive, und diese Motive sind, so meine ich, auch in einer Demokratie gut aufgehoben.

Für biographische Wandlungsprozesse haben wir in der Geschichte unserer Demokratie viele Beispiele von Herbert Wehner bis Werner Höfer. Für mich lautet die entscheidende Frage, ob jemand Konsequenzen aus früheren Fehlern gezogen hat und ob er in der Lage ist, sich glaub-

würdig für die Demokratie zu engagieren. Dazu gehört dann auch das Bekenntnis zum Rechtsstaat und zur Gewaltfreiheit.

Dass es in der Diskussion um die Wandlungsfähigkeit von Menschen um aktuelle Fragen geht, hat sich gerade erst in der geschichtspolitischen Debatte um den 68er Aufbruch in der alten Bundesrepublik gezeigt. Und es zeigt sich auch heute wieder, wo innerhalb der PDS kontrovers bis unveröhnlich über die historische Verantwortung der Partei und ihrer Mitglieder gestritten wird – über den Mauerbau und seine Folgen.

Wer von der Lernfähigkeit der Demokratie überzeugt ist, sollte auch den Menschen in der Demokratie Lernfähigkeit zugestehen. Ein System, das auf die bessere Einsicht der Menschen setzt, das seine Gegner und Feinde integrieren kann, ist jedem System unendlich überlegen, das seine Gegner und Feinde verfolgen, inhaftieren, ausbürgern muss, um überhaupt überleben zu können. Diese Offenheit gehört zur Demokratie, sie begründet ihre Attraktivität, stellt aber in Krisenzeiten zugleich auch ihren Angriffspunkt dar.

Und hier ist wieder, durchaus im Heuss'schen Verständnis, über demokratische Gesinnung als reflektierte Handlungsoption zu reden: Demokratie bedarf – und dies ist eine historische Grundeinsicht – der verbreiteten Bereitschaft, sich an den demokratischen Verfahren, am demokratischen Geschehen zu beteiligen, und zwar dauerhaft zu beteiligen, auch im Interesse anderer. Sie bedarf des selbstbestimmten Engagements möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger. Denn diese sind die Akteure der Demokratie. Sie halten deren Lauf, deren Schicksal in ihrer Hand.

(Theodor Heuss hat immer wieder darauf hingewiesen, dass Demokratie als Lebensform die Demokratie als Staatsform ergänzen müsse. Denn die Weimarer Republik war ja gerade an diesem nichtvermittelten Widerspruch zugrunde gegangen. Der ausgeprägte Mangel an überzeugten, verantwortungsbereiten, couragierten Demokraten wurde ihr zum Verhängnis).

Dass die Demokratie keine »Glücksversicherung«, kein Garantieschein, kein Selbstläufer ist, haben wir in den vergangenen zehn Jahren wieder zur Kenntnis nehmen müssen – in bestürzender Weise: Intoleranz, Fremdenhass, Antisemitismus, Rechtsextremismus schlagen sich in brutalen Gewalttaten nieder. Ausländerfeindliche Einstellungen sind heute wieder Teil des Alltagsbewusstseins vieler Menschen. Sie sind kein Randphänomen in unserer Gesellschaft, sondern sie reichen hinein in deren Mitte, werden dort reproduziert.

Wir Parlamentarier, Lehrer, Journalisten, Eltern müssen uns fragen: Was haben wir falsch gemacht bei der Vermittlung demokratischer Werte, demokratischer Gesinnung, was haben wir versäumt, dem Selbstlauf überlassen? Wo wurzeln diese fürchterlichen Defizite in der Wertevermittlung? Und wie können wir diese Defizite beheben?

Eine Selbstvergewisserung über unsere demokratischen Werte findet offenbar bei uns in nicht ausreichender Weise statt. Viel zu lange haben wir übersehen, dass sich die von Theodor Heuss und anderen formulierten demokratischen Grundeinsichten, die 1949 Verfassungsrang erhielten und sich allmählich zum gesellschaftlichen Konsens entwickelten, nicht von alleine in die nächste Generation weitervermitteln. Auf sie kann nicht immer voraussetzungslos verwiesen werden. Vielmehr müssen sie wieder viel mehr erläutert, begründet und vor allem von uns Älteren vorgelebt werden.

Gleichheit von Ungleichheit, Recht von Unrecht unterscheiden zu können, setzt einen Lernprozess voraus. Die Demokratie und die rechtsstaatlichen Prinzipien als kostbares Angebot für Freiheit, Gerechtigkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu erkennen, bedarf der Mitwirkung, des Ausprobierens, der echten Teilhabe an politischen Gestaltungsaufgaben. Dafür müssen wir die Wege ebnen, dafür müssen wir Gelegenheiten schaffen. Und dazu müssen wir vor allem die Jugendlichen immer wieder neu ermutigen – innerhalb wie außerhalb der klassischen Parteienlandschaft, in neuen, unkonventionellen Bündnissen.

Ich habe die Erfahrung gemacht, dass es sich lohnt, vor Ort – in Schulen, Klubs, Initiativen – das Gespräch zu suchen mit jenen Menschen, die sich öffentlich für die Demokratie engagieren, die der schleichenden Verbreitung von Angst entgegentreten, die ihre ausländischen Mitbürger gegen Pöbeleien, gegen drohende psychische und physische Gewalt verteidigen. Wir Politiker müssen diesen demokratisch gesinnten Menschen den Rücken stärken – in der unmittelbaren Begegnung und nicht nur über die Medien. Wir dürfen die Mutigen, die Aufrechten, die Engagierten um keinen Preis alleine lassen.

Die Theodor-Heuss-Stiftung zeigt auf ihre Weise, wie das gehen kann: Ich bin froh und dankbar, dass sie heute neben zwei anderen, sehr würdigen Initiativen dem Wurzener »Netzwerk für Demokratische Kultur« Öffentlichkeit und Anerkennung zuteil werden lässt. Gerade das Wurzener Beispiel zeigt, dass organisierter Widerstand gegen die rechtsextreme Szene möglich, äußerst sinnvoll und Schritt für Schritt auch erfolgreich ist. Wenn Bürger sich zusammentun, können sie Al-

ternativwelten zur etablierten rechtsextremen Szene entwickeln und dafür sorgen, dass die Opfer von Hass und Gewalt nicht alleine bleiben.

Demokratische Gesinnung ist nicht allein in krisenhaften Situationen gefragt, sondern auch im ganz normalen gesellschaftlichen Alltag, im politischen Amt ebenso wie im Ehrenamt. Sie erfordert ein gerütteltes Maß an individueller Enttäuschungsbereitschaft. Wer etwas in Gang setzen, bewegen, verändern will, der muss auch zurückstecken können. Eine ausgeprägte Enttäuschungsbereitschaft, eine hohe Toleranzschwelle sind in der Demokratie Voraussetzung für das Aushandeln von Kompromissen, für die Annäherung unterschiedlicher Interessen. Hölderlin hat das Bild von der »Versöhnung mitten im Streit« geprägt, ein schönes und zugleich anspruchsvolles Bild, denn Streit ist das Wesen von Demokratie.

Demokratie nimmt die Menschen so, wie sie sind. Sie glaubt nicht an deren Unfehlbarkeit und sie erwartet selten Heldentum. Die Demokratie geht davon aus, dass auch Politiker Menschen sind in allen Schattierungen. Sie sind keine Heiligen, die nicht hinterfragt, nicht kritisiert werden dürfen. Und weil dem so ist, hat sich die Demokratie Regeln zur Selbstkontrolle geschaffen. Sie verleiht Macht nur auf Zeit. Theodor Heuss sagte sehr treffend: »Demokratie ist Herrschaftsauftrag auf Frist«, und er hat die Befristung der eigenen Amtszeit verteidigt gegen die Idee einer Sonderregelung – extra für ihn. Auch in diesem Verzicht auf Sonderrechte zeigt sich demokratische Gesinnung.

Demokratische Verfahren leben von Einmischung, Beteiligung, öffentlicher Kritik, aber auch von der Optimierung und Veränderung ihrer Instrumente. Derzeit diskutieren wir parteiübergreifend, wie wir die parlamentarische Demokratie vitalisieren können, etwa durch die Einführung von Volksinitiativen, Volksentscheiden, Volksbegehren. Wenn die Bürger mehr Möglichkeiten bekommen, sich auch zwischen den Wahlen einzumischen, sich zu artikulieren, politische Forderungen einzubringen, die Legislative mit politischen Aufträgen zu versehen, kann das für unsere Demokratie, für deren Stabilität und Anziehungskraft, nur von Nutzen sein. Ich hoffe sehr, dass wir auch auf Bundesebene mehr Möglichkeiten direkter Bürgerbeteiligung schaffen können!

Zeitgemäße Kompetenzvermittlung, Darstellung und Begründung der demokratischen Werte, Erziehung zu demokratischer Gesinnung durch das eigene politische Verhalten, Kampf gegen Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit – das sind Aufgaben, die sich uns – der Politik, der Bildung, den Medien, den Familien – in dieser Bündelung, in dieser Komplexität neu stellen.

Forum der Preis- und Medaillenträger

Limbach:

Der Bundestagspräsident hat es betont, Theodor Heuss war einer der Väter unseres Grundgesetzes. Theodor Heuss wusste nur zu gut, dass eine trefflich formulierte und wohl durchdachte Verfassung für sich allein noch keine humanistische Tradition schafft, die aus Menschen politisch denkende und verantwortlich handelnde Staatsbürger macht. Er hatte, es war auch im Jahr 49, zum Ausdruck gebracht, dass diese Demokratie der Bundesrepublik nur lebensfähig sein werde, wenn das Grundgesetz in den Köpfen und Herzen der Bürger und Bürgerinnen verankert ist. Nun, im Verteidigen unserer Rechte und Grundrechte sind wir Deutschen im Allgemeinen gut, aber das ist nur die eine Seite der Medaille. Die andere Seite sind die Bürgertugenden, Meinungsfreude voran, Toleranz, Zivilcourage und nicht zuletzt Mitmenschlichkeit. Und erst wenn man diese zweite Seite mit vertritt wie Sie, die Sie heute zwischen mir und dem Bundestagspräsidenten sitzen, dann gewinnt man eine Medaille.

Herr Zeeh, Sie haben wahrscheinlich den Bericht, die Rede des Oberbürgermeisters dieser Stadt mit einem gewissen Neidgefühl angehört, als er von der Internationalität des Klimas hier in dieser Stadt sprach. Sie leben und arbeiten, das hat Ludwig Heuss deutlich gemacht, unter ganz anderen Bedingungen. Was war, lassen Sie uns das wissen, so das persönliche Erlebnis, das Sie veranlasst hat, diese Gruppe, diesen Verein Netzwerk demokratische Kultur zu begründen? Was waren es für Strategien, die Ihnen durch den Kopf gegangen sind?

Zeeh:

Also zuerst noch mal will ich die Gelegenheit nutzen, vielen Dank zu sagen für die Theodor-Heuss-Medaille in diesem Jahr für uns. Wir freuen uns sehr darüber. Wir sind drei Leute heute hier und eigentlich nur stellvertretend für eine ganze Reihe von aktiven Menschen. Es stimmt mich aber auch zum Teil nachdenklich, wenn das für uns Normale mittler-



Teilnehmer: Prof. Dr. Jutta Limbach, Paolo Rosamilia, Muammer Akin, Markus Zeeh, Ina Hentschker, Bürgermeister Hans-Josef Vogel, Fadil Bitic, Bundestagspräsident Wolfgang Thierse.

weile schon das Besondere geworden ist und man dafür eine Auszeichnung bekommen sollte. (Beifall) Vergangene Woche war in der ZEIT ein Artikel über Wurzeln erschienen, der recht gut das Klima in der Stadt beschrieben hat. Das Klima in der Stadt ist geprägt von Intoleranz, von einer rechten kulturellen Dominanz, davon, dass politische Verantwortungsträger dazu schweigen, das Thema ignorieren, auf das Image der Stadt alleine bedacht sind, ohne sich mit der Ursache des Images auseinanderzusetzen. Und wir sind in diesem Klima aufgewachsen, sind dort geboren. Es gab für uns keinen konkreten Anlass, keinen Übergriff, der uns zu dieser Arbeit bewogen hat, sondern es war das Alltägliche, das Klima, in dem wir aufgewachsen sind. Und wir haben Gott sei Dank irgendwann Anetta Kahane und andere Leute von der Amadeu-Antonio-Stiftung oder vom Zentrum Demokratische Kultur kennen gelernt, um zusammen Strategien zu überlegen. Unsere Strategie ist, ganz klar zu sagen: Zuerst mal gilt es, eine demokratische Gegenkultur zu entwickeln, eine Zivilgesellschaft zu entwickeln, die gegenüber diesem rechten Mainstream auch stark genug ist, dagegen aufzubegehren, sich dagegen zu artikulieren. Und wenn das erreicht ist, dann ist ein ganzes Stück gewonnen, aber natürlich das Ziel noch nicht erreicht.

***Limbach:***

Danke. Frau Hentschker, das gewählte Wort Netzwerk, das lässt überlegen: Wo sind eigentlich in diesem Netzwerk die Knotenpunkte? Es genügt ja nicht allein, dass man die Aufmerksamkeit des Bundestagspräsidenten auf sich zieht. Wo sind Ihre Knotenpunkte? Bitte.

Hentschker:

Ja, Vernetzung ist ein ganz wichtiger Punkt in unserem Vereinskonzept. Wir versuchen natürlich vor Ort, uns mit anderen Vereinen zu vernetzen, mit Leuten aus der Kirche zum Beispiel, aus der evangelischen und katholischen Jugend; wir versuchen, mit Einzelpersonen der Stadt zusammenzuarbeiten, mit Bürgern, die sich für diese Arbeit interessieren, die auch auf demokratischem Boden stehen möchten und etwas für eine lebendige Zivilgesellschaft tun wollen; mit Schulen, mit Schülerinnen, mit allem, was so zum Gemeinwesen gehört, versuchen wir zusammenzuarbeiten. Das klappt natürlich nicht immer. Ganz gut. Wie schon Markus kurz erwähnt hatte, haben wir Probleme mit der Stadtverwaltung, die eher auf dem Standpunkt steht, dass man das Problem Rechtsextremismus ignorieren und aussitzen sollte, als das zu nutzen, eine aktive Zivilgesellschaft in Wurzeln entstehen zu lassen und zu befördern.

Limbach:

Wie steht es mit der Zusammenarbeit mit politischen Parteien?

Hentschker:

Es gibt schon Zusammenarbeit mit politischen Parteien, aber es ist nicht so, dass wir jetzt nur mit der SPD oder nur mit der PDS oder nur mit der CDU arbeiten würden, sondern es gibt in den Parteien einzelne



Leute, mit denen man reden kann, es ist aber nicht so, dass sie sich in der Öffentlichkeit unbedingt für uns, für unsere Sache positiv äußern. Es besteht da eher so eine Angst, denke ich, sich zu öffnen.

Limbach:

Wenn Sie das mit anhören, Herr Bürgermeister Vogel: Sie sind ja einer derjenigen, die sich oder deren Bürgerschaft, dessen Bürgerschaft sich mit Ihnen, dem Bürgermeister solidarisiert hat, um Bürgerkriegsflüchtlinge, die in Ihrem Städtchen eine Heimat gefunden haben, auch dort zu behalten. Was würden Sie, wenn Sie die beiden, Herrn Zeeh und Frau Hentschker, mit angehört haben, ihnen als Empfehlung geben, denn sie brauchen ja doch offenbar noch Unterstützung, die über diesen kleinen Verein hinausgeht: Soll das einmal eine wirkliche Bewegung für demokratische Kultur werden?

Vogel:

Ich meine, dass die Verantwortlichen in den politischen Parteien und in den Verwaltungen eigentlich ihr Anliegen mit unterstützen müssen. Ich will ganz bewusst die Politiker, auch die Kommunalpolitiker ermutigen, dies zu tun. Es gibt zwei ganz einfache Gründe dafür: Erstens: Es geht um Menschen, die bei uns leben, die eine Heimat gefunden haben bei uns. Und es geht, und das halte ich noch für viel wichtiger, um die Zukunftssicherung von Städten und Gemeinden. Wir können das heute nicht mehr alleine oder mit einer Kultur, und wir können auch nicht ängstlich auf diejenigen schauen, von denen man meint, sie verstehen das nicht, sie würden eventuell dann rechts wählen. Sie müssten, wir müssen deutlich machen, dass die ausländischen Mitbürgerin-

nen und Mitbürger, die Zugewanderten, die auch noch kommen werden, dass wir sie wollen, dass sie zu uns gehören und dass sie unsere Stadt bereichern, nicht nur, wenn sie dort arbeiten und integriert sind, sondern auch durch ihre Vielfalt, durch ihr gesellschaftliches Engagement in Elternpflegschaften, in Vereinen, in Nachbarschaften. Darum geht es, dass eine Stadt lebt. Und wenn Sie sich in der Geschichte umschauen, positive Traditionen suchen, dann schaffen es gelassene Kulturen oder Gelassenheit in Kulturen, Fremdes auch immer in Neues zu übersetzen und damit so ein Stück Zukunft zu gewinnen.

Limbach:

Herr Zeeh hat betont, dass in der vorigen Woche eine Wochenzeitung sich dieses Projekts angenommen hat. Wie steht es eigentlich, – Sie können das sicherlich als langjähriger Politiker gut beurteilen, – wie steht es eigentlich mit der Mitarbeit der Presse? Wie weit ist man darauf angewiesen, um Bürgertugenden zu entwickeln, um auch Botschaften hinüberzubringen. Das wüsste ich gerne von beiden Seiten.

Vogel:

Man braucht natürlich die Medien. Sie müssen das übersetzen, erklären, auch drauf aufmerksam machen. Was mich immer wieder negativ beeindruckt hat, ist, dass der Medientenor die Berichterstattung in Deutschland über Zuwanderer untersucht hat dass wir in der Berichterstattung eine Schiefelage haben, eine Schiefelage, dass sehr oft Zuwanderer in den Bereich von Kriminalität gerückt werden; d. h., die Zeitungen berichten üblicherweise, wenn irgendetwas Negatives passiert ist, aber von den Chancen, von der Mitarbeit in Unternehmen oder in Vereinen – oder der Einsatz von Bürgerinnen und Bürgern, das sind eigentlich die Beispiele, über die berichtet werden muss. Und die Lokalzeitungen bei uns in Arnberg haben dies auch getan und tun dies sehr engagiert.

Limbach:

Die hören das Kompliment mit Freuden. Herr Bitic, Sie sind einer der Bürgerkriegsflüchtlinge, die dank der Initiative der Bürgerschaft und des Bürgermeisters dort in der Stadt Arnberg geblieben sind. Fühlen Sie sich über die Freude an Ihrer Arbeitskraft hinaus auch wohl aufgehoben in dieser Stadt?

Bitic:

Erst mal herzlichen Dank. Wir sind sehr froh darüber, dass wir hier sein dürfen. Das ist Menschlichkeit. Ich wollte im Namen aller Kosovaren vielen Dank sagen, erst mal. Und dann wollte ich noch der Stadt Arnsberg danken, Bürgermeister Hans-Josef Vogel, meinem Arbeitgeber, dem Unternehmer Klaus Schiebler, den Kirchen, Schulen, Kindergärten, allen, die uns geholfen haben, also, die haben die erste Initiative genommen und dann haben sie es mit sehr gutem Erfolg geschafft. Und wir sind froh darüber. Wir sind integriert, sage ich mal, wir haben gute Freunde, Mitarbeiter, Arbeitskollegen, ... ganz toll. (Beifall)

Limbach:

Danke. Meine Vorredner haben bereits betont, welche Tradition dieser Internationale Ausschuss beim Gemeinderat der Stadt Stuttgart hat, der 1971, wenn auch nicht in dieser institutionalisierten Form wie heute, begründet worden ist. Und Sie haben natürlich ein ganz anderes Standing in dieser Stadt. Aber gleichwohl interessiert es uns alle zu wissen, was Sie gegenwärtig tun, um den Zusammenhalt zwischen der Vielzahl der Nationalitäten in dieser Stadt mit den, wenn ich mal so sagen darf, deutschen Ureinwohnern und Ureinwohnerinnen zu verbessern?

Akin:

Wir müssen natürlich bei 25 Prozent Ausländeranteil uns um alle Anliegen der Ausländer und der Deutschen zusammen kümmern, angefangen vom Kindergarten über die Schulbildung, über das Berufsleben, Ausbildung bis zum Altersheim, vielleicht auch nach Begräbnismöglichkeiten für andere Religionen. Ich denke, wir haben eine Landschaft von Toleranz vorgefunden, zumindest seitdem ich 1995 in den Ausländerausschuss gewählt worden bin, so dass die Arbeit als Akzeptanz ausländischer Herkunft keine Probleme bereitet. Der schwierige Weg besteht wohl darin, auch die Ausländischen selber an dem kommunalen Geschehen zu beteiligen und, wenn ich das so sagen darf, die deutsche Bevölkerung davon zu überzeugen, dass wir, so fühlen viele, bereit sind, jetzt Verantwortung mit zu übernehmen und nicht mehr als Forderer dazustehen.

Limbach:

Danke. (Beifall) Zivilcourage ist ja ein herausforderndes Wort. Und wenn man die Laudatio unseres Bundespräsidenten auf den Bundestagspräsidenten gehört hat, dann denkt man im ersten Augenblick: Ja, es genügt eigentlich, ein aufrechter Demokrat zu sein, eine gewisse innere Souveränität zu besitzen, um also gegen den Strom zu schwimmen, aber es ist ja sehr schön deutlich gemacht worden, und das zeigt auch Ihrer aller Anwesenheit, dass gerade in krisenhaften Situationen der Einzelne wenig bewegt, wenn er sich nicht mit anderen verbindet. Und das ist auch das Motto unseres heutigen Preisträgertages: Neue Bündnisse für Demokratie. Aber immer wieder ist es, und das, denke ich, war so treffend an der Laudatio, doch der Einzelne, der plötzlich in diese Gesellschaft Impulse gibt, der um sich schaut und andere mit sich nimmt und um sich scharf. Und wie war das, Herr Rosamilia, in Stuttgart? Gab es da nicht auch eine Person, die heute eine kleine Hommage verdient hat und auf die das zurückgeht?

Rosamilia:

Ja, das war eigentlich sehr simpel, sehr banal. Wir wollten nichts Besonderes. Wir wollten hier leben, wir wollten in Frieden leben, wir wollten uns gegenseitig kennen lernen, wir wollten mitbestimmen, wir wollten mitentscheiden, mehr nicht. (Beifall) Das war natürlich, das ist nicht immer möglich, solche einfachen Sachen zu haben. Wir haben in Stuttgart aber, das müssen wir auf jeden Fall erwähnen, eine sehr engagierte, sehr liberale Politik quer durch die Parteien, aber an besonderen Personen festmachen können, Personen, die dann zu unseren Verbündeten geworden sind. Der Herr Oberbürgermeister Rommel kann heute nicht anwesend sein, aber das dürfen wir auf jeden Fall nicht vergessen: Er war die Seele dieses ausländischen Ausschusses. Ohne ihn hätten wir lang verlangen können (Beifall),

Limbach:

Aber sprechen Sie ruhig Ihren Satz zu Ende.

Rosamilia:

Und wahrscheinlich diese einfachen Sachen hätten wir nicht be-

kommen können. Wir haben natürlich die Frau Müller-Trimbusch dabei gehabt. Eine Frau Bürgermeisterin, die tatsächlich dieses Anderssein zu ihrer eigenen Herausforderung gemacht hat und mit uns den Weg gegangen ist. (Beifall)

Limbach:

Wo ist sie denn, ich sehe sie gar nicht. Ach, da ist sie ...

Vogel:

Da kann ich nur sagen: Glückliche Stadt, die solche Bürgermeister hat; es gibt auch andere Beispiele. Da ich vorhin etwas Positives erzählt habe, will ich auch erzählen, was mich am meisten erschrocken hat bei den Reisen der letzten Jahre: die Massivität von Angst, die es gibt, gerade in kleinen und mittleren Städten, dass junge Leute, die in irgendeiner Weise einer Mehrheitsmeinung nicht entsprechen oder dem Geschmack, freundlich ausgedrückt, rechter Schläger nicht entsprechen, dass die wirklich unter Angst leiden und dass wir alle Kraft zusammennehmen müssen, dass sich vor Ort solche Bündnisse bilden, um gemeinsam Angst zu überwinden, also junge Leute, Lehrer, Kommunalpolitiker, Geschäftsleute und dann eben, wenn man Glück hat, sogar der Bürgermeister mitmacht. Das wäre ideal, das wären diese Bündnisse für Demokratie, gar nicht große Worte, sondern dass man angstfrei in der eigenen Stadt und in dem eigenen Land verschieden sein kann. Das ist ja das Ziel, das wir miteinander haben. (Beifall)

Limbach:

Danke. Ja, das denke ich, ist etwas, was sich unser Mitbürger wünscht, furchtlos in einer Demokratie leben zu können, denn es genügt ja nicht, dass wir Minderheiten in unserem Staate schützen, sondern sie sollen furchtlos mit uns leben können. Und mit diesem Wunsch und viel Kraft für diese mehr oder minder spontanen und in Stuttgart schon institutionalisierten Formen der Mitarbeit der anderen Nationen und Kulturen wollen wir diese Runde beschließen. Noch mal an Sie alle, die Sie ja stellvertretend für viele neue Bündnisse der Demokratie hier stehen, unseren herzlichen Glückwunsch. Auch für Sie ist es, wie für unseren Preisträger, eigentlich eine Herausforderung, unerschrocken in diesem Tun fortzufahren. Danke. (Beifall)



***»Viele Freunde mit kleinen Beiträgen«
Lothar Späth: Aufruf zur Mitgliedschaft***

Meine Damen und Herren, es gibt noch eine kleine Programmänderung. Sie hören gleich das Schlusswort der großen Vorsitzenden, aber ich nehme mir heraus, ein Vorwort zu dem Schlusswort zu sprechen, und zwar in dieser neuen Eigenschaft, die ich übernommen habe von Manfred Rommel, der gerade zu Recht mit einem wichtigen Beitrag erwähnt wurde. Er hat mich gebeten, und die Stiftung hat mich gebeten, der Freundeskreis hat mich gebeten, die Nachfolge im Vorsitz des Freundeskreises zu übernehmen. Und die Aufgabe dieses Freundeskreises, soweit ich sie in wenigen Tagen erkennen konnte, ist eine, im Gegensatz zu dieser wunderbaren Veranstaltung, ganz banale; aber es sind oft Banalitäten, die notwendig sind, gelöst zu werden, damit die großen Dinge passieren können. Und wenn Sie die letzten anderthalb Stunden an sich vorbeiziehen lassen, dann glaube ich, können Sie heimgehen mit dem Bewusstsein, dass der Bundestagspräsident und Preisträger vorher sagte, dass er aus vielen Veranstaltungen gestärkt und guten Mutes nach Hause kommt. Und wer diese Veranstaltung er-

lebt hat, der kann guten Mutes nach Hause gehen. Aber um diese Veranstaltung auch künftig zu erleben, brauchen wir einfach Freunde, die diese Veranstaltung ermöglichen, die Stiftung unterstützen. Und wie das beim großen Geburtstag ist, der nicht erwähnt werden soll, aber ich habe ein so großes Buch bei mir, da sind alle die aufgezeichnet, die dem Aufruf gefolgt sind, aus Anlass des Geburtstags der Vorsitzenden etwas für die Stiftung zu tun. Es war eine große Zahl und viele kleine Beträge, auch einige große. Und es kam ein ordentlicher Betrag zusammen. Und ich darf diese Urkunde jetzt gleich Frau Hamm-Brücher überreichen. Aber ich habe dann mal die Mitglieder des Freundeskreises gezählt, wie das halt ein neuer Vorsitzender macht, der zählt erst mal zusammen, von was er eigentlich Vorsitzender geworden ist. Und ich habe es einfach nicht begreifen können, dass die Zahl zweistellig ist. Und dann dachte ich immer, wenn ich bei dieser Veranstaltung bin, sind so viele Leute da, das kann gar nicht sein, aber es ist so. Und Sie müssen das ändern. (Beifall) Und Sie können das ändern: Wenn Sie jetzt dann zufrieden nach Hause gehen, können Sie Ihren Mitgliedsbeitrag hinterlegen oder eine Mitgliedschaft erklären. Wir wollen keine großen Beträge, wir wollen viele Freunde mit kleinen Beträgen, die diese Sache unterstützen, und zwar nicht nur wegen des Geldes, sondern ich glaube, ich habe mir den Begriff so gemerkt, der heute gefallen ist: die Demokratie vitalisieren und die demokratische Gesellschaft vitalisieren. Das müssen wir alles selber tun. Und wir haben lange beraten, die Stiftung ist sehr sensibel in Geldfragen, hat lange beraten, ob man so was Banales, wie ich dann vorgeschlagen habe, jetzt machen dürfe. Und deshalb habe ich es übernommen, ganz einfach zu sagen, wenn die Leute alle da sind. Wann kriegen wir so viel potenzielle Mitglieder wieder zusammen? (Beifall) Und jetzt kommt wirklich das Schlusswort.

Rückblick und Ausblick



L

Im Verlauf von sieben-und-dreissig Heuss-Preis-Verleihungen ist das Schlusswort zu einer festen, aber doch abwechslungsreichen Tradition geworden – gleichsam ein Signum für die »Inauguration« eines neuen Jahrgangs in der alljährlich wachsenden Heuss-Familie – als ein improvisiertes, aber dennoch akzentsetzendes »Tüpfelchen auf dem l« unserer Anliegen. – Angesichts der Tatsache, dass wir mit der heutigen Verleihung ein neues Kapitel in der Stiftungsgeschichte aufgeschlagen haben, möchte die Vorsitzende diese Tradition nicht nur fortsetzen, sondern verstärken, indem sie statt eines l-Tüpfelchen gleich drei setzt.

Einmal will ich den Bogen spannen von jener ersten Preisverleihung 1965, die unter der Losung »Vom rechten Gebrauch der Freiheit« stand, bei der Georg Picht und die »Aktion Sühnezeichen« und andere ausgezeichnet wurden und Carl-Friedrich von Weizsäcker das erste Schlusswort sprach, das sozusagen zum »Trendsetter« für unsere, damals noch sehr kleine, unbekannte (und bitterarme) Stiftung wurde – bis zur heutigen Verleihung, die unter der Losung »Neue Bündnisse für unsere Demokratie« steht, mit der wir uns – verkörpert durch unsere diesjährigen Preisträger –weiterführende demokratiepolitische Ziele setzen wollen.

Carl-Friedrich von Weizsäcker begründete die »Berechtigung« des Heuss-Preises damit, dass er alljährlich auf etwas hinweisen solle, was in unserer Demokratie »getan und gestaltet werden müsse, ohne dass es bereits vollendet« sei, und er machte die mathematisch-philosophische Rechnung auf, was es für unsere junge Demokratie bedeuten würde, wenn jeder Bürger, auch nur einmal im Jahr in seinem Umfeld etwas täte, was geändert werden müsste und auch geändert werden könnte ... Das heißt: Es sollten keine Heldentaten ausgezeichnet, keine »Bambis« oder »Oskars« vergeben werden, der Preis soll zu den »vielen Freiwilligkeiten« ermutigen, von denen Theodor Heuss gesagt hatte, dass sie der Grundstein für unsere Demokratie als Lebensform seien.

Das war es, wozu wir von allem Anfang beitragen wollten, und dass es gelungen ist, dafür zeugen die vielen Trefferquoten in der Namenschronik unserer Preisträger.

Und noch etwas: Ich denke, dass es uns gelungen ist, die kleine, unbekannte und bitterarme Stiftung selber zu einem lebendigen Modell demokratischer Freiwilligkeiten zu entwickeln, und dafür möchte die Vorsitzende heute einen ganz besonderen Dank sagen!

Wir haben in diesen 37 Jahren ein geradezu an ein Wunder grenzendes ideelles und personelles, vergleichsweise auch materielles Wachstum erfahren. Wir sind eine Stiftung geworden, für die die einen Zeit stiften, andere Geld, und nicht wenige beides! Heute fühle ich mich als Vorsitzende in jeder Hinsicht reichbeschenkt und möchte jedem Einzelnen danken: den Stiftern und Spendern, den Freunden und Förderern, allen Preisträgern, Stipendiaten und nicht zuletzt den Mitarbeitern, die – zumeist um Gotteslohn – so viel zum Erfolg und Ansehen der Stiftung beigetragen haben und beitragen.

II.

Das zweite i-Tüpfelchen meines Schlusswortes handelt von der Chronik der Theodor-Heuss Stiftung (sie liest sich wie ein Stück Zeitgeschichte) und von den Folgerungen, die daraus für unsere künftige Arbeit erwachsen:

Ich erinnere an die mühsamen Anfänge, als wir Mitte der Sechziger Jahre die ersten Beispiele für Bürgerengagement noch mit der Lupe suchen mussten, – dann folgte das turbulente Jahrzehnt des Aufbegehrens (und das keineswegs nur der Studenten!), das zugleich eine Zeit der Besinnung auf unsere Erblasten und auf die Versäumnisse der Wiederaufbau-Zeit war. – Im gesellschaftlichen Bereich folgte darauf die Epoche der neuen sozialen Bewegungen, der Bürgerinitiativen und eines wachsenden Bürger(selbst)bewusstseins – begleitet von der Politik der Entspannung und Aussöhnung. Schließlich das Glück der Vereinigung Deutschlands und Europas, des Endes des Kalten Krieges. – Das waren die großen politischen Themen, die die Auswahl unserer Preisträger und unser Engagement über nun bald 40 Jahre flankierten.

Und nun die Jahrtausendwende! – Ein neues Zeitalter ist angebrochen, dessen Errungenschaften, aber auch globale und lokale Gefährdungen uns alle herausfordern.

Werden – angesichts dieser, bisher nie gekannten Umbrüche – unsere, so schwer und verspätet erkämpften Werte von parlamentarischer Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit unverändert Bestand haben? – Was muss politisch, was bildungs- und gesellschaftspolitisch geschehen, damit diese Grundpfeiler nicht ins Wanken geraten und antidemo-

kratische Kräfte sie zu Fall bringen? – Wer und was kann dazu beitragen, dass es gelingt, von unserer nun scheinbar grenzenlos gewordenen Freiheit »den rechten Gebrauch zu machen«, und wie können Bürgerinnen und Bürger daran mitwirken und mitgestalten?

Diese Jahrhundert-Aufgaben stehen vor uns und erfordern unser Nachdenken über eine umfassende politische Runderneuerung unserer demokratischen Denk- und Verhaltensweisen. Dieser Aufgabe möchte ich mit dem das Code-Wort Demokratiepolitik einen Namen geben. Es ist unabdingbar, dass wir die Verfasstheit unserer Demokratie, das heißt ihren sowohl staatlichen als auch gesellschaftlichen Ist-Zustand, ihre Funktionsfähigkeit und Akzeptanz auf den Prüfstand stellen und den Mut aufbringen, erkannte Fehlentwicklungen, Missstände und Schwachstellen beim Namen zu nennen und an ihrer Überwindung und Neugestaltung mitzuarbeiten.

Diesen neuartigen demokratiepolitischen Aufgaben müssen wir uns stellen. Auch die Theodor Heuss Stiftung – im Rahmen ihrer Möglichkeiten. Die ersten kleinen Schritte haben wir anlässlich des 50. Geburtstages des Grundgesetzes mit den bundesweit initiierten Wochen der Bürgerwirtschaft getan. Seither suchen wir nach »neuen Allianzen« für die Stärkung und Erneuerung unserer Demokratie. Wir wünschen uns eine praktikable Allianz zwischen Buchstaben und Geist der beiden Grundgesetzartikel 20 und 21... das heißt zwischen dem »Volk, von dem alle Staatsgewalt ausgeht«, und den »Parteien, die an der politischen Willensbildung mitwirken«. Es genügt nicht, wenn wir uns nur bei Festveranstaltungen freundlich begegnen und ansonsten wechselseitig »verdrossen« sind. Das ist nicht gut so! Wir müssen neue Kooperationsformen entwickeln und in neuen Formen gleichberechtigt und ebenbürtig »zusammenwirken«, um die Funktionsfähigkeit und Akzeptanz unseres demokratischen Regelwerkes zwischen Staats- und Gesellschaftsform zukunftsfähig zu machen. Schon heute nehmen mindestens 10mal so viel Bürgerinnen an freiwilligem Bürgerengagement teil als es Mitglieder in politischen Parteien gibt und sie leisten an vielen gesellschaftlichen Brennpunkten mehr, als je aus öffentlichen Geldern finanziert werden kann. Deshalb also setzen wir uns für die demokratiepolitisch überfällige Aufwertung bürgergesellschaftlicher Teilhabe ein. Erste Schritte haben wir mit einer Petition an den Deutschen Bundestag – mit unserer diesjährigen Kooperationstagung in Tutzing, in der sich überwiegend unsere jüngeren und jungen Heuss-Stiftler engagierten – , mit dem Ausbau unseres Förderprogramms für Schulen und Schüler:

Demokratisch handeln und nicht zuletzt mit der Auswahl unserer diesjährigen Preisträger getan. Weitere müssen folgen, und dafür brauchen wir junge Kräfte und Köpfe. Das ist gut so, das ist richtig und wichtig! Und darauf zielt das in den nächsten Monaten bevorstehende Revirement.

III.

Mein drittes Anliegen betrifft mein (etwas eigenwilliges) Verständnis von Zeichensetzen.

Eine Stiftung (und deren langjährige Vorsitzende), die alljährlich Beispiele für Zivilcourage auszeichnet, soll auch selber Exempel statuieren, d.h. eigenverantwortlich Zeichen setzen.

So verstanden möchte ich heute – außerhalb der heutigen Preisverleihung und unterstützt von Ursula Heuss und Carola Stern – eine Dotation für Gruppen und Einzelne, in diesem Jahr für drei Gruppen stiften, die sich – oft schon seit Jahren – für die Entschädigung ehemaliger Zwangs- und Sklavenarbeiter einsetzen und dafür persönliche Fürsorge leisten. Damit wollen wir zu ihrer Unterstützung – und als Zeichen unserer Mitbetroffenheit – wenigstens einen kleinen eigenen Beitrag leisten. Stellvertretend für andere habe ich drei solcher Initiativen ausgewählt. Es ist dies der Altmark-Freundeskreis für ehemalige NS-Zwangsarbeiter, der von den ehemaligen Bürgerrechtlern Hans-Jochen Tschiche und Georg Salzwedel gegründet wurde und der ehemalige Zwangsarbeiter in der Ukraine betreut, – es ist die Klasse 11a des Paul-Klee-Gymnasiums in Gersthofen bei Augsburg und ihr Geschichtslehrer Bernhard Lehmann, die sich gegen den Willen des Bürgermeisters Zugang zum Stadtarchiv vor Gericht erstritten haben, um über das Schicksal ehemaliger Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge im berüchtigten Lager Dora Informationen zu sammeln mit dem Ziel, Überlebende aufzuspüren und für sie finanzielle Hilfe zu leisten. Und es ist drittens ein Sonderbetreuungsprogramm für besonders notleidende und kranke ehemalige Zwangsarbeiter und ihre Familien, das vom »Bundesverband Information und Betreuung für NS-Verfolgte« unter der Leitung des verdienstvollen und unermüdlichen Lothar Evers durchgeführt wird.

Insgesamt stehen uns derzeit 15.000 DM zur Verfügung, vielleicht

wird es ja noch etwas mehr!

IV.

Es ist mir bewusst, dass ich die Tradition des Schlusswortes mit der Länge meiner Ausführungen etwas strapaziert habe und bitte dafür um Nachsicht: Traditionen, so denke ich, sollte man nicht nur begründen, wie wir es 1964 nach dem Tod unseres ersten Bundespräsidenten getan haben, Traditionen sollte man auch nicht als Asche hüten, sondern als Humus nutzen, auf dem es sich säen, pflegen und ernten lässt. - Das ist es, was uns der lebenslange, schwäbische und deutsche Demokrat Theodor Heuss mit seinem Lebenswerk vorgelebt und als Aufgabe aufgetragen hat: Demokratie und Freiheit niemals wieder preisgeben und neuerlichen Gefährdungen von Anbeginn zu wehren.

ZUM 80. GEBURTSTAG VON HILDEGARD HAMM-BRÜCHER

Demokratie der Demokraten

Hildegard Hamm-Brücher, der wir Glück wünschen und danken, wird von niemand übertroffen in ihrem Werk, Demokratie in Deutschland zur lebendigen Wirklichkeit zu machen. Das ist ein ziemlich großes Wort, doch habe ich es mir gut überlegt. Demokratie ist eine institutionelle Form, ein Kernstück der liberalen Ordnung, aber die Verfassung allein reicht nicht. Man braucht nur an die Verfassung von Weimar zu denken, die die Demokratie zu begründen versuchte, ohne dass es genügend Demokraten gab, und die daher nach kaum mehr als einem Jahrzehnt zum bloßen Papier reduziert und bald darauf durch ein einziges Ermächtigungsgesetz weggeblasen wurde. Eine Verfassung muss leben, sie muss Ausdruck dessen sein, was Menschen tatsächlich tun und wollen. Dafür sind Institutionen, die durch weise Texte geschaffen werden, nur ein Gerüst. Um es auszufüllen, ist mehr nötig. Zum Beispiel Vorbilder, möglichst leuchtende Vorbilder. Hildegard Hamm-Brücher war und ist ein solches Vorbild.

Ich weiß nicht, ob in Deutschland, wo ja viele normale Ausdrücke sogleich in der Mühle einer aufgeregten politischen Korrektheit zermahlen werden, das Wort Vorbild noch erlaubt ist. Ich sehe Hildegard Hamm-Brücher in allerlei Situationen in denen ich sie bewundert habe. Damals, bei den berühmten Landtagswahlen von 1962, bei denen sie gegen die von ihrer Partei bestimmte Rangordnung von den Wählern ganz nach oben gehäufelt wurde, hätten viele von uns gerne in Bayern gewohnt, um daran mitzuwirken. Als die Stunde der Bildungsreform kam, unternahm sie ihre Reisen durch die pädagogischen Provinzen und kam zurück mit Empfehlungen, die über die Vorschläge der institutionellen Reformer (wie mich) weit hinausgingen. Demokrat-Sein ist eine Sache der Haltung, und die kann man lernen.

Noch sehe ich sie an der Seite des hessischen Kultusministers Schütte, der die alten Ideale der Arbeiterbildung verkörperte, aber seiner jungen Staatssekretärin viel Raum gab, mehr wohl als manche späteren

und angeblich moderneren Herren. Dann sehe ich das Bild der großen Transformation der FDP in den späten 60er Jahren. Sie hatten da eine besondere Rolle, denn als nicht nur Heuss, sondern auch Dehler verbundene Liberale brachte sie es fertig, das Beste an der liberalen Tradition mit einem entschiedenen Neuerungswillen zu verbinden. Ihre Partei hatte immer ein wenig Angst vor ihr. Trotz ihrer zuweilen an den Rand der Selbstverleugnung führenden Loyalität fällt es nicht ganz leicht ihr zu folgen, wenn sie sich gelegentlich als eine Parteisoldatin bezeichnet.

Übrigens passte Hildegard Hamm-Brücher nie in das geläufige Rechts-Links-Schema der Politik. Ihr Kampf gegen alle Überreste und neuen Spuren des Nationalsozialismus blieb entschieden und kompromisslos. Die innere Nähe zur »Weißen Rose« hat sie immer bestimmt. Zugleich aber zeigt sie eine Art natürlicher Immunität gegenüber Verlockungen der anderen Seite des Spektrums; eine Sozialistin war sie nie. So hat sie es fertiggebracht, radikal zu sein, ohne je einem Radikalismus zu verfallen. Sie ist eben radikalliberal.

Ein paar Bilder muss ich noch anfügen, denn die Lebensstationen von Hildegard Hamm-Brücher sind immer auch Kommentare zu meinem Thema der Demokratie der Demokraten. Ich sehe sie im Auswärtigen Amt, wo sie eine vorzügliche Figur machte und keineswegs nur in der auswärtigen Kulturpolitik Spuren hinterließ. Vielleicht darf man es jetzt einmal sagen: die zugleich repräsentative und unprätentiöse Erscheinung gab Hildegard Hamm-Brücher immer eine besonders attraktive Art von Schönheit. Ob sie weiß, wie viele heimliche Bewunderer sie hatte und hat? Und Bewunderer ist gar nicht genug: weiß sie, wie viele es gab, die (wie man auf Englisch sagt) einen crush auf sie hatten?

Ich sehe Hildegard Hamm-Brücher dann noch in einer anderen Position, nämlich bei der Verleihung der von ihr erfundenen Theodor-Heuss-Preise. In der Tat sehe ich sie weniger bei den eigentlichen Preisen als bei den Heuss-Medaillen. Sie hat immer Wert darauf gelegt zu betonen, dass die Medaillen nicht etwa weniger sind als der Preis, aber einen Unterschied gibt es doch. Der Heuss-Preis geht häufig an hochmögliche Figuren, denen auch sonst das Licht der Fernsehkameras vertraut ist. (Ich kann ein Lied davon singen.) Die Medaillen aber gehen in aller Regel an sonst noch unbekannte Einzelne oder Gruppen, die durch ihr Bürgerengagement einen Beitrag zur lebendigen Demokratie geleistet ha-

ben. Wie Hildegard Hamm-Brücher sie immer wieder findet, ist mir rätselhaft; aber jedes Jahr aufs Neue sind die Anwesenden hingerissen angesichts von so viel Zeugnissen der Bürgergesellschaft und vor allem von Hildegard Hamm-Brüchers Spürsinn und dann der Herzlichkeit ihrer Worte zur Verleihung.

Worum es dabei geht, wird an den oft unorthodoxen Titeln ihrer Bücher deutlich. Hier ist eine Auswahl zur Erinnerung: »Gegen Unfreiheit in der demokratischen Gesellschaft«, »Über das Wagnis von Demokratie und Erziehung«, »Bildung ist kein Luxus«, »Der Politiker und sein Gewissen«, »Gerechtigkeit erhöht ein Volk«, »Kämpfen für eine demokratische Kultur«, »Wider die Selbstgerechtigkeit«, »Freiheit ist mehr als ein Wort«, »Zerreißt den Mantel der Gleichgültigkeit« – und jetzt als neuestes Werk: »Erinnern für die Zukunft«.

Noch ein Bild stellt sich ein, nämlich die Kandidatur für das Amt des Bundespräsidenten im Jahre 1993. Viele spürten, dass die Kandidatin zwar von einer Partei nominiert, aber doch eine Person eigenen, besonderen Gepräges war. Auch wenn man wusste, dass sie nicht gewählt werden würde, gab es viele, die sie inständig in das Amt wünschten. Sie verlor die Wahl, aber gewann neue Freunde und Bewunderer. Außerdem kam sie ihrem eigenen Vorbild Theodor Heuss durch diese Erfahrung noch näher. Würde ohne Pomp kennzeichnet beide. Auch die Überzeugung, dass Demokratie vor allem Demokraten braucht, und dass man deren Herauslösung pflegen kann, ja muss, durch das Vorbild, aber immer auch durch Erziehung.

Ansonsten fehlt es nicht an Unterschieden zwischen dem ersten Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland und der Kandidatin, die die erste gewählte Präsidentin des vereinigten (wenn auch noch heut nicht vereinten) Deutschland hätte sein können. Das Verhältnis von Heuss und Adenauer war schwierig genug; die bloße Vorstellung einer Bundespräsidentin Hamm-Brücher mit einem Bundeskanzler von Adenauers Art lässt einen schaudern. Doch ist etwas anderes, Realeres wichtiger. Theodor Heuss lebte aus der Vergangenheit; Hildegard Hamm-Brücher lebte immer für die Zukunft. Von der Zukunft soll daher im folgenden die Rede sein.

Die Demokratie geht ja durch eine schwierige Phase. Fast könnte man sagen, im Augenblick ihres größten Triumphes erlebt sie auch ihre bedenklichste Schwäche. Die Revolution von 1989 hat die Demo-

kratie weltweit zur einzigen tatsächlichen oder doch erstrebten Staatsform gemacht. Ein Jahrzehnt später aber mehren sich die Analysen, die eine Krise, ja das Ende der Demokratie diagnostizieren. Der Historiker Eric Hobsbawm fasste es unlängst in die eindringlichen Worte: »Wir begegnen den Problemen des 21. Jahrhunderts mit einer Ansammlung von politischen Mechanismen, die auf dramatische Weise ungeeignet sind, um mit diesen Problemen fertig zuwerden.«

Lassen sie mich aus dem Bündel neuer Probleme für die Zwecke dieser Diskussion nur zwei herausgreifen, die direkt die Demokratie betreffen und zu denen Hildegard Hamm-Brücher gewiss etwas Hilfreiches zu sagen hat. Das erste ist die Internationalisierung. Oft ist heute von der Globalisierung die Rede. Ich will die berechtigten Zweifel an diesem Begriff hier nicht ausbreiten, aber doch betonen, dass ich jedenfalls auch an die Europäisierung denke, wenn ich von Internationalisierung spreche. Die Demokratie ist mit dem Nationalstaat groß geworden. In der Form der repräsentativen Demokratie hat sie im Nationalstaat ihre Blüte erlebt. Heute aber sind wichtige Entscheidungen aus dem Nationalstaat in entferntere Räume ausgewandert, und sie haben die Demokratie hinter sich gelassen. Noch – so behaupte ich – gibt es keine Institutionen jenseits der Grenzen des Nationalstaates, die man ernsthaft als demokratisch bezeichnen kann.

Demokratie leistet im günstigen Fall dreierlei: sie erlaubt Wandel ohne Gewalt; sie hält die Mächtigen in Schach; und sie gibt den Bürgern eine effektive Stimme. Alle drei sind miteinander verbunden, durch Wahlen, durch Parlamente, damit auch Parteien, durch die Gewaltenteilung, durch die mehr oder minder regelmäßige Ablösung von Regierungen. Das alles funktioniert nie so ganz. Manchmal beschleicht mich der Verdacht, dass die Demokratie am schönsten war, als man für ihre Durchsetzung noch kämpfen musste. Sie eignete sich gut zur Korrektur ihrer Unvollkommenheiten. Aber mit allen Einschränkungen hat es seit dem späten 18. Jahrhundert eine wachsende Zahl von Beispielen gegeben, die man als Erfolgsgeschichten der Demokratie beschreiben kann.

Nun aber, in unserer Zeit, ist etwas Neues geschehen. Wichtige Entscheidungen sind aus den Räumen ausgewandert, in denen es Wahlen und Parlamente gibt, ja wichtiger noch, in denen es ein identifizierbares

Wahlvolk gibt. Wenn eine japanische Autofirma sich entschließt, in der Normandie und nicht in Wales zu investieren, wenn George Soros mit seinen Finanzspekulationen das britische Pfund aus dem Europäischen Währungssystem treibt; wenn die NATO beschließt einmal wieder Bagdad zu bombardieren; wenn der Internationale Währungsfonds Russland weitere Kredite verweigert – wie viele weitere Beispiele soll ich noch geben? wir erleben derlei ja jede Woche –, dann entzieht sich all das demokratischer Kontrolle, ja überhaupt den Institutionen, die unsere Verfassungen vorsehen.

Das gilt auch für europäische Entscheidungen, also solche der Europäischen Union. Dass wir Polen zu teuren Investitionen zwingen, um die Qualität des Badewassers zu verbessern, dass wir im Namen europäischen Rechts die Schaffung von subventionierten Arbeitsplätzen in Ostdeutschland verhindern, oder die Impfung von mit Maul- und Klauenseuche befallenen Huftieren verbieten – ja, dass wir eine neue Währung in einigen Mitgliedsstaaten einführen – die und vieles andere unterliegt nur in sehr begrenztem und indirektem Umfang demokratischen Entscheidungsprozessen. Europäische Gesetze werden im Kern hinter verschlossenen Türen von Ministerräten beschlossen. Die Exekutive kann sich den meisten Kontrollen mühelos entziehen. Das sogenannte Europa-Parlament hat nicht nur nach wie vor begrenzte Rechte, sondern ihm fehlt auch der demos, das Wahlvolk, das seine Legitimität begründen könnte. Es ist nicht nur ein Scherz festzustellen, dass die Europäische Union selbst, wenn sie um Mitgliedschaft in der Europäischen Union nachsuchte, abgewiesen werden müsste, weil sie die (»Kopenhagen«-)Kriterien nicht erfüllt, die sie an Beitrittskandidaten anlegt.

Globalisierung hat immer zwei Seiten; mit Recht spricht man vom Doppelprozess der Globalisierung. Hier begegnet uns das zweite große Problem der Demokratie heute. Es liegt genau genommen nicht so sehr in dem Wunsch vieler Menschen, zu den weit entfernten Entscheidungszentren ein lokales Gegengewicht zu schaffen. Lokale Selbstregierung, Gemeindeautonomie, ist im Gegenteil ein Kernstück jedes demokratischen Gemeinwesens. Seit langem bin ich zu der Überzeugung gekommen, dass die Gemeindeautonomie für die Demokratie in Deutschland viel wichtiger ist als die der Regionen. Auch die deutschen Länder sind

merkwürdige Zwitterwesen, interessanter für Funktionäre als für Bürger. Sie haben oft kaum Realität im Bewusstsein der Bürger. Das mag in Bayern etwas anders sein, aber in meinem deutschen Domizil im Südschwarzwald würde niemand sich je »Baden-Württemberger« nenne; wenn überhaupt, dann wird bei jeder Gelegenheit das Badenerlied gesungen und das badische Wappen stolz an der Haustür befestigt.

Regionalisierung – so will ich einmal verkürzt und bewusst pointiert formulieren – ist nicht nur keine Stütze der Demokratie, sondern oft eine antidemokratische Kraft. Nicht selten benutzen skrupellose politische Führer – Demagogen – eine für ihre Zwecke zurechtgeschusterte Geschichte, um sich eine regionale Machtbasis zu schaffen. Manchmal, wie in Katalonien oder Schottland, hat diese eine gewisse reale Grundlage, häufiger, wie im Fall von Bossis Padanien, fehlt diese fast völlig – immer aber geht es darum, wegzukommen von dem entscheidenden demokratischen Prinzip, dass Menschen unterschiedlicher Zugehörigkeiten in einer liberalen Ordnung zusammenleben können. Regionalismus dieser Art fördert Homogenität, und so wie die Menschheit auf dem Globus nun einmal durcheinander gewürfelt ist, bedeutet solche angebliche Homogenität in der Praxis die Dominanz einer Gruppe. Die von Machtinteressen hochgejubelten Regionen sind tatsächlich häufig nach innen intolerant und nach außen aggressiv.

Es ist bitter, heute den Schluss ziehen zu müssen, dass genau dieses Ergebnis in den Balkanstaaten eingetreten ist, und schlimmer noch, dass westliche Interventionen im Namen der Demokratie eben diese falsche Homogenität gefördert haben. Das begann mit der deutschen Unterstützung für ein aggressiv-intolerantes Kroatien und seine ethnischen Säuberungen. Es endet jetzt damit, dass westliche Truppen im Kosovo die Grenzen zwischen Serben und Albanern mit Waffengewalt ziehen. Man muss befürchten, dass das bosnische Dilemma mit einem ähnlichen Ergebnis endet. Die Schaffung vorgeblich homogener Staaten durch machthungrige Regionalpotentaten ist eine der großen Gefahren für die Demokratie in Europa. Sie beruht auf einem folgenschweren Missverständnis des an sich guten Gedankens der Selbstbestimmung. Selbstbestimmung heißt nämlich, dass Menschen das Recht haben, an der Gestaltung ihrer Angelegenheiten aktiv mitzuwirken – sie heißt in-

des nicht, dass politische Führer das Recht haben, die Grenzen zu bestimmen, in denen ihre Gefolgsleute leben.

Das sind zwei große, schwierige Themen. Ich hätte mir auch leichtere aussuchen können. Es gibt ja genügend innere Schwierigkeiten noch der traditionsreichsten demokratischen Gemeinwesen, wie die wachsende Macht der Exekutiven und die zunehmende Apathie der Bürger, damit die Gefahr, dass dieses Jahrhundert eher autoritär als demokratisch wird. Ich dachte hingegen, dass die großen Bedrohungen, die ich genannt habe, uns in besonderem Maße herausfordern, gerade weil es bei ihnen keine einfachen Antworten gibt.

Hildegard Hamm-Brücher hat sich auch zu diesem Themen geäußert, zum Beispiel in ihrer Züricher Rede vom 15. November 1997. Ihre Antwort überrascht ihre Freunde nicht. Wirtschaftsstandorte sind schön und gut, sagt sie dort, aber wir brauchen auch starke Demokratiestandorte, »wenn wir nicht darauf verzichten wollen, in einer selbstbestimmten Ordnung in Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zusammenzuleben«. (Im neuen Buch »Erinnern für die Zukunft« findet sich diese Erwägung.) Mit anderen Worten, Bürgerengagement bleibt gerade angesichts von Globalisierung und Europäisierung gefragt. Gegen die Gefahren, die ich hier mit einer bestimmten Art von Regionalisierung gekennzeichnet habe, ist solches Bürgerengagement allemal gefragt. Fehlendes Engagement der Bürger fördert unbeabsichtigt die Sache autoritärer Führer, seien diese unkontrollierte und manchmal unsichtbare Akteure der globalen Szene oder Provinzdemagogen à la Bossi und Haider.

Das andere Hamm-Brücher-Rezept ist nicht minder wichtig: ich meine den wichtigen Gedanken der Demokratiestandorte. So wie die Jubilarin selbst als Vorbild gewirkt, nämlich durch ihr vorbildliches Leben andere ermutigt hat, so kann auch eine lebendige Demokratie, in der unterschiedliche Gruppen effektiv mitwirken, ein Vorbild für andere sein. Es ist ja immer gut, mit der Reparatur der großen, weiten Welt zu Hause zu beginnen. Jedenfalls dürfen Globalisierung und Regionalisierung nicht als Alibi verwendet werden, um die lebendige Demokratie im eigenen Land zu vernachlässigen.

Indes bleiben noch Fragen offen. Was die homogenen Regionen betrifft, so braucht die internationale Gemeinschaft neue Regeln und klare Begriffe. Vor allem der Begriff der Selbstbestimmung muss von der

missverständlichen Selbstbestimmung der Völker zurückgeführt werden auf seinen Kern, die Selbstbestimmung der Bürger. Staatsbürger mögen ein Recht darauf haben, wo immer er oder sie lebt, innerhalb bestimmter Grenzen zu leben, aber jeder Bürger hat bestimmte Grundrechte, zu denen auch das auf Mitwirkung an der Gestaltung des Gemeinwesens gehört. Das Missverständnis geht auf den amerikanischen Präsidenten Wilson nach dem ersten Weltkrieg zurück. Es muss für die Vereinten Nationen geklärt werden, wenn es nicht immer neues demokratisches Unheil anrichten soll.

Was die Globalisierung – oder genauer: die Internationalisierung – betrifft, so sind zwei Mengen von Fragen zu beantworten. Die einen beziehen sich auf die Kontrolle von Entscheidungen, die jenseits des Nationalstaates getroffen werden. Dafür sind Institutionen mit rechtlichen Funktionen, aber auch solche mit Rechnerfunktionen und vielleicht neuartige Instanzen nötig. Die anderen fragen beziehen sich auf die direkte oder indirekte Mitwirkung der Bürger. Hier hat möglicherweise das Internet eine demokratische Funktion. Nicht-Regierungsorganisationen werden gerade im internationalen Bereich immer wichtiger. Die Frage wird brennend, ob und gegebenenfalls wie es Formen der Kanalisierung der halbspontanen Demonstrationen von Seattle und Prag und Davos und London gibt.

Demokratie verlangt Demokraten. Sie verlangt aber am Anfang des 21. Jahrhunderts auch eine neue Art von institutioneller Phantasie. Für beide brauchen wir Hildegard Hamm-Brücher dringend, so dass es in unserem eigenen Interesse liegt, wenn wir ihr außer unserem Dank zuzurufen: in multos annos! Bleiben Sie uns noch viele Jahre erhalten!

*Festvortrag anlässlich des 80. Geburtstages von
Hildegard Hamm-Brücher, am 28. April 2001,
im Saal des Alten Rathauses, Marienplatz, München*

Ehrentafel

Die stellvertretenden Vorsitzenden der Theodor-Heuss-Stiftung, Frau Prof. Dr. Jutta Limbach und Dr. Ludwig T. Heuss haben die Einladung zur Preisverleihung mit einem Spendenaufwurf aus Anlass des Geburtstags von Frau Dr. Hamm-Brücher verbunden. Der Vorstand des Freundeskreises, Alt-Oberbürgermeister Prof. Manfred Rommel und Reinhold Schreiner, hat sich mit der gleichen Bitte an die Mitglieder und Förderer gewandt.

Der Stiftung sind daraufhin Spenden in Höhe von DM 21.805,36 und Zustiftungen mit einem Betrag von DM 11.800,00 zugewendet worden.

Die Namen aller Spender, Stifter und Förderer wurden in die nachstehende Ehrentafel aufgenommen.

Die Theodor-Heuss-Stiftung e.V. dankt den Spendern

Ingeborg Albrecht, Augsburg, Sabine Allie, Joachim Artmann, Aidlingen, Juliane Barner, Stuttgart, Frank Bartram, Annemarie Behrendt, München, Ilse Berndt, Bonn, Vasleska Bettac-Mdlin, Dettingen/Erms, Frieder Birzele, Göppingen, Heinz M. Bleicher, Gerlingen, Walter Blunk, BMW AG, München, Heidi Bohnet, Bonn, Irmgard & Robert Bosch, Gerlingen, Barbara Brandau, Gräfelfing-Lochham, Hans Otto Bräutigam, Berlin, Martin Bredol, Seeheim - Jugenheim, Karl von Brentano, München, Fraucke & Hansmartin Bruckmann, Stuttgart, Ursel & Hans Bucher, Stuttgart, Hans-Martin Buttler, Hildesheim, Agnes Chrambach, Nürnberg, Annemarie Cordes, Berlin, Dieter-Julius Cronenberg, Arnsberg, Gertrud Daus, Oldenburg, Richard Demandt, Stuttgart, Inge Dreyer, Stuttgart, Peter & Jutta Eigen, Berlin, Hermann Eisele, Vaihingen Enz, Constanze Eisenbart, Heidelberg, Dietrich Elchlepp, Bonn, Erhard Eppler, Schwäbisch Hall, Lothar Evers, Köln, Dieter Fertsch-Röver, Köln, Heidi Fieser, Überlingen, Arthur Fischer, Waldachtal, Ernst Fischer, Stuttgart, Gerhard Fischer, Dreieich, Thomas R. Fischer, Frankfurt, Peter Fischer-Appelt, Quickborn-Heide, Andreas Flitner, Tübingen, FLÜWO Bauen Wohnen eG, Stuttgart,

Forum Regensburg, Regensburg, Friedrich Franck, Ulm, Ulrich Franck-Planitz, Stuttgart, Hans Freudenberg, Weinheim, Hermann Freudenberg, Weinheim, Gisela Frick, Berlin, Holger B. Friedrich, München, Liselotte Funcke, Hagen, Rolf & Christa Gäbele, Deckenpfronn, Hans-Peter Geh, Stuttgart, Friedrich Graf von der Groeben, Frankfurt am Main, Karl Konrad Graf von der Groeben, Baden-Baden, Franz-Peter Groh, Stuttgart, Wolf-Dietrich Großer, Oberschleißheim, Gisela Grude, Stuttgart, Martin Grüner, Bonn, Karl Gutbrod, Stuttgart, Marlies Haschke, Regensburg, Gertraud F. Hasemann, Grünwald, Wolfgang Harder, Stuttgart, Maria Hartstein, Wolfgang Haubold, Stuttgart, Helmut Haussmann, Bad Urach, Ulrich Herbert, Wolfram Herrmann, Stuttgart, Heide Hertner, Leinfelden – Echterdingen, Katja Hessel, Ursula & Ludwig-Theodor Heuss, Basel, Max Himmelheber Stiftung, Baiersbronn, Inge Hubert, Überlingen, Ingrid Hubing-Weizsäcker, Ludwigsburg, Hermann Jülkenbeck, Tübingen, Heinrich Jürgens, Friedrich Kaiser, München, Peter & Maria Juling, Meckenheim, Friederike Kämpf, Tübingen, Rose Kleinknecht-Herrmann, Ludwigsburg, Armin Knauer, Nürtingen, Gerda Koepff, Heidelberg, Elsbeth Kolb, Esslingen, Hans Koschnick, Bremen, Manfred Kreuzsch, Ottobrunn, Peter Kreyssig, Stuttgart, Ubbo Kügler, Düsseldorf, Claus-Heinrich Kuehl, Hans Küng, Tübingen, Walburga Kumar, Elisabeth Lechner, Uffing, Norbert Leuz, Stuttgart, Klaus Lindeiner-Wilda, Antiopy Lyroudias, Stuttgart, Otto Julius Maier, Ravensburg, Otto Mally, Freiburg, Karlheinz Markmann, Gladbeck, Karin & Rolf Marquardt, Emmering, Alfred Mauritz, Frankfurt am Main, Marija Meic-Sidic, Stuttgart, Wolfgang Mischnik, Kronberg, Christian Naumann, Hella & Paul Noack, Gemmering-Unterpfaffenhofen, Offset-Druckerei Stefan Gauss, Ditzingen, Michael Päckert, Christiane Paul, Frankfurt am Main, Eckehart von Pechmann, Ebenhausen, Mario J. Perinelli, Grenzach-Wyhlen, Paul Petzold, Köln, Hans Pfaff, Ludwigshafen, Franz Pick, München, Gisela Poelke, Kiel-Schilksee, Horst Rehberger, Ingrid Ritter, Stuttgart, Jürgen Rosemund, Radolfzell, Anna Rothgang-Rieger, Peter E. & Christel

Rupp, Rahel Salamander, München, Mechtild Schelcher-Brücher, Stuttgart, Siegfried Schiele, Stuttgart, Gerhard Schielein, Eurasburg, Schmidt Periodicals GmbH, Bad Feilnbach, Ulrich Scholtz, Stuttgart, Marie-Luise Schultze-Jahn, Bad Tölz, Hans Schuster, Krailling, Jutta & Eckard Sievers, Kornwestheim, Walter Sigle, Stuttgart, Dieter Soltmann, Lothar Späth, Gerlingen, Stadt Brackenheim, Brackenheim, Carola Stern, Berlin, Gertrud A. Teuffel, Stuttgart, Christa Teuner-Witte, Unterschleissheim, Hedwig Theisen, Schondorf, Brigitte Theurer, Stuttgart, Jürgen Thode, München, Elke Thiel, Nürnberg, Heinz-Dieter & Adelheid Türk, Stuttgart, TRUMPF GmbH + Co, Ditzingen, United Ideas, Stuttgart, Elke Urban, Leipzig, Manfred Vielmo, Stuttgart, Robert Vogel, Hamburg, Winrich & Marlene Wach, Leinfelden-Echterdingen, Christoph Walter, Stuttgart, Volker Wehdeking, Stuttgart, Ernst Ulrich Weizsäcker, Berlin, Helmut Wilhelm, Amberg, Sibylle Witt, Remchingen, Alfons Wenzel, München, Wochenschauverlag, Schwalbach, Maximilian & Gerlinde Wölfle, Stuttgart, Reinold Wolff, Elke Wollenschläger, Regensburg, Hanne Zakhari, Filderstadt,
und langjährigen Förderern
Daimler Chrysler, Deutsche Bank, Freudenberg Stiftung, Freudenberg & Co, Körber Stiftung, Land Baden-Württemberg, Landesbank Baden-Württemberg, Landeshauptstadt Stuttgart, Robert Bosch GmbH, Robert Bosch Stiftung.

Der neue Vorsitzende des Freundeskreises, Ministerpräsident a.D. Lothar Späth, übergab Frau Hamm-Brücher diese Ehrentafel bei der Preisverleihung. Auf seinen dringenden Appell hin, ihre Arbeit in der Stiftung durch eine Mitgliedschaft im Freundeskreis zu unterstützen, und nach einem Brief, mit dem er sich nach der Preisverleihung noch einmal an alle Eingeladenen wandte, ist die Zahl der Mitglieder des Freundeskreises auf 85 gestiegen.

Wir danken allen Spendern und neuen Freunden.

Einladung zum Freundeskreis

Liebe Freunde der Theodor-Heuss-Stiftung, es war eine beeindruckende Veranstaltung: die 37. Verleihung des Theodor-Heuss-Preises unter dem Thema »Neue Bündnisse für unsere Demokratie«. Wichtige Wegweisungen gaben uns sowohl die Laudatoren Bundespräsident a.D. Dr. Richard von Weizsäcker und Dr. Ludwig T. Heuss als auch die Preisträger, voran der Präsident des Deutschen Bundestages Wolfgang Thierse.

Wenn man eine Überschrift über die Veranstaltung finden müsste, würde mir das Wort von der Notwendigkeit der Revitalisierung unserer demokratischen Bürgergesellschaft zuerst im Ohr klingen.

Sowohl die ausgezeichneten Vorbilder für außerordentliche Engagements in der demokratischen Bürgergesellschaft wie auch die Rednerinnen und Redner, allen voran natürlich Hildegard Hamm-Brücher, die in einem fulminanten Schlusswort klar gemacht hat, dass der Preis der Freiheit in der demokratischen Gesellschaft das bürgerschaftliche Engagement für die Gemeinschaft ist, haben spüren lassen, dass die demokratische Gesellschaft von Zeit zu Zeit innovative Impulse zur Erneuerung und Festigung braucht.

Auch die Theodor-Heuss-Stiftung braucht eine wirksamere Verankerung in der Breite unserer demokratischen Gesellschaft und sie braucht engagierte Bürgerinnen und Bürger, die auch bereit sind, sie bei ihren Bemühungen, persönlich und finanziell, zu unterstützen. Im Hinblick auf die vielen Aufgaben, die die Theodor-Heuss-Stiftung nicht nur bei der jährlichen Preisverleihung, sondern mit einer Vielzahl von Demokratie stiftenden und Demokratie sichernden Projekten übernimmt, braucht sie auch stärkeren finanziellen Rückhalt.

Dafür ist der Freundeskreis der Stiftung da, dessen Vorsitz ich von meinem Freund Manfred Rommel vor wenigen Wochen übernommen habe. Und natürlich möchte ich zusammen mit den Vorstandsmitgliedern und dem kleinen Kreis von Freunden, die schon bisher dabei sind, alles tun, um durch den Aufbau des Stiftungskapitals die Aktivitäten der Stiftung zu ermöglichen und auch deren Erweiterung möglich zu machen. Deshalb habe ich diesen kurzen Aufruf bei der Veranstaltung gemacht und deshalb nehme ich mir den Mut, nachdem ich von so vielen nach der Veranstaltung auf die Möglichkeit mitzumachen und mitzuhelfen angesprochen wurde, Ihnen diesen Brief zu schreiben und ihn ganz schlicht mit einer vorbereiteten Beitrittserklärung zu versehen. Es sind nicht immer nur die feierlichen Stunden, die uns erbauen und mit guten Gefühlen zurücklassen, sondern es ist auch das Wissen, selbst einen Beitrag durch Mitarbeit und Mitförderung zu leisten, das wir als Mitglieder in einer aktiven Bürgergesellschaft brauchen.

Deshalb machen Sie mir eine große Freude und helfen uns allen, wenn Sie einfach die beiliegende Mitgliedserklärung an die Theodor-Heuss-Stiftung zurückschicken und mit einem Jahresbeitrag (mindestens 250 DM/Jahr für Einzelpersonen, 1.000 DM/Jahr für Körperschaften) und oder einer einmaligen Spende zum Ausdruck bringen, dass wir über die Feiertage hinaus, aktive Arbeit für unsere freiheitlich-demokratische Gesellschaft leisten wollen.

Ich danke Ihnen herzlich für Ihre Unterstützung und freue mich auf viele neue Begegnungen im Kreis der Theodor-Heuss-Stiftung

Ihr

Lothar Späth

Die Theodor-Heuss-Stiftung fördert vorbildlich demokratisches Verhalten, ungewöhnliche Zivilcourage und beispielhaften Einsatz für das Gemeinwohl. Die überparteiliche Stiftung wurde 1964 nach dem Tode von Theodor Heuss auf Initiative von Hildegard Hamm-Brücher von Freunden des ersten Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland ins Leben gerufen. Zu den Gründern gehörten, neben seinem Sohn Ernst Ludwig Heuss, Hellmut Becker, Adolf Butenandt, Otto Hahn, Werner Heisenberg, Golo Mann, H. Ch. von Tucher und Carl Zuckmayer.

Auftrag und Ziel

Theodor Heuss hat nicht nur das Grundgesetz der Bundesrepublik maßgeblich geprägt und durch seine Amtsführung die Anfänge unserer demokratischen Kultur gestaltet, er hat durch sein ganzes Leben und Werk ein Beispiel demokratisch-liberaler Gesinnung und bürgerschaftlicher Verantwortung gegeben. Die Theodor-Heuss-Stiftung will die Erinnerung an die Persönlichkeit und das Lebenswerk von Theodor Heuss lebendig halten und dazu beitragen, dass in Deutschland und Europa demokratische Traditionen und Werte entstehen und sich entwickeln können. Mit dem alljährlich verliehenen Theodor-Heuss-Preis und den zu ihm gehörenden Theodor-Heuss-Medaillen will sie demokratisches Engagement ermutigen und unterstützen. Von Anfang an hat die Stiftung versucht, durch die Würdigung von bürgerschaftlicher Initiative und Zivilcourage auch wichtige politische und gesellschaftliche Entwicklungen frühzeitig ins öffentliche Bewusstsein zu tragen. Themen und Preisträger, die sie gewählt hat, sind so zu einer »demokratischen Zeitsprache« geworden. Die Stiftung will immer von neuem die vielfältigen Möglichkeiten aufzeigen, von unserer Freiheit den rechten Gebrauch zu machen, und die Verantwortung dafür bei allen stärken. Dazu braucht sie die ideelle und finanzielle Unterstützung vieler Freunde und Förderer.

Programme und Projekte

Zur Erfüllung ihres Auftrags führt die Stiftung folgende Vorhaben durch:

Verleihung des **Theodor-Heuss-Preises** und der **Theodor-Heuss-Medaillen** einmal im Jahr in einer öffentlichen Veranstaltung

»**Demokratisch Handeln**« – ein Förderprogramm für Jugend und Schule (in Zusammenarbeit mit der Akademie für Bildungsreform, Jena)

Theodor-Heuss-Stipendien für Schülerinnen und Schüler der Oberstufe, die sich in und ausserhalb der Schule beispielhaft für allgemeine soziale und gesellschaftliche Belange einsetzen.

Foren – Tagungen zu den Jahresthemen der Preisverleihung (in Zusammenarbeit mit anderen Trägern der Erwachsenenbildung).

»**Bürgerengagement vernetzen**« – Initiativkreis: Mehr Bürgerdemokratie.

Schriften der Theodor-Heuss-Stiftung

Unterstützung und Beratung von Bürgerinitiativen im Sinne der Satzung.

Vorstand

(seit 5. Oktober 2001)

Jutta Limbach, Vorsitzende

Ludwig Heuss, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, stv. Vorsitzende

Friedrich Graf von der Groeben, Schatzmeister

Hildegard Hamm-Brücher, Gründungsvorsitzende

Joachim Gauck, Wolf Lepenies, Gabriele Müller-Trimbusch,

Christian Petry, Robert Picht, Rupert Graf Strachwitz,

Wolfgang Schuster, Erwin Teufel, Beate Weber

Walter Scheel, Ehrenvorsitzender

Kuratorium

Richard von Weizsäcker, Vorsitzender

Carola von Braun, Martin Bredol, Tilman Evers, Andreas Flitner, Ulrich

Frank-Planitz, Hermann Freudenberg, Wolfgang Harder,

Helmut Haussmann, Hartmut von Hentig, Ursula Heuss, Burkhard

Hirsch, Anetta Kahane, Rolf Kieser, Michael Klett, Reni Maltschew,

Hubert Markl, Jürgen Morlock, Eva Marie von Münch, Paul Noack,

Cem Özdemir, Friedbert Pflüger, Ulrike Poppe, Edzard Reuter,

Claus-Jürgen Roepke, Hermann Rudolph, Annette Schavan, Friedrich

W. Schmahl, Diemut Schnetz, Gesine Schwan, Klaus von Trotha,

Wolfgang Ullmann, Hans-Jochen Vogel, Antje Vollmer, Ulrich

Voswinckel, Roger de Weck, Ernst-Ulrich von Weizsäcker, Guido

Westerwelle, Cornelius Winter, Elke Wollenschläger, Walther Zügel

Veröffentlichungen:

Vom rechten Gebrauch der Freiheit I (1974)
Vom rechten Gebrauch der Freiheit II (1984)
Auftrag und Engagement der Mitte (1974)
Die Zukunft unserer Demokratie (1979)
Mut zum Erinnern (1979)
Theodor Heuss: Ansprachen am 12. September 1949 (1989)
Theodor Heuss. Ansprachen anlässlich der 40. Wiederkehr der Wahl zum Bundespräsidenten (1990)
Die aufgeklärte Republik (1989)
Mut zur Bürgergesellschaft. 30 Jahre Theodor-Heuss-Stiftung (1994)
Wider die Politik(er)verdrossenheit (1994)
Im Namen der Demokratie – Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus (1997)

Schriften der Theodor-Heuss-Stiftung

35 Jahre Theodor-Heuss-Stiftung – Rückschau und Zeitansage (1999)
Unser Heuss – Nachdenken über Verantwortung in der Demokratie (1999)
Die Bürgergesellschaft lebt! – Eine Dokumentation und Anregungen aus der Woche der Bürgergesellschaft (2000)

Dank und Erinnerung

Die Stiftung erinnert sich dankbar – stellvertretend für alle – an ihre verstorbenen Mitglieder und die Preisträger Wolf Graf von Baudissin, Hellmut Becker, Waldemar Besson, Marcus Bierich, Ignatz Bubis, Karl-Hermann Flach, Werner Friedmann, Gustav Heinemann, Georg Picht.

1965 »Vom rechten Gebrauch der Freiheit«

Preisträger:

Georg Picht (Bildungsreform)
Aktion Sühnezeichen (Aussöhnung)

Medaillen:

Evangelische Volksschule Berchtesgaden (Deutsch-dänische Schülerbegegnung)
Jugendrotkreuz Roding (Hilfsdienste als Übungsfeld des Gemeinsinns)
Peter Löser-Gutjahr und Heinrich Sievers (Schülermitverwaltung)

1966 »Über den Mut, den ersten Schritt zu tun«

Preisträger:

Marion Gräfin Dönhoff (Ostpolitik)
Bamberger Jugendring (Gegen Rassenhaß und Intoleranz)

Medaillen:

Wendelin Forstmeier (Landschulreform)
Ehregard Schramm (Hilfe für Griechenland)
Bund Deutscher Pfadfinder (Berlin-Seminar)

1967 »Verantwortung ist Bürgerpflicht«

Preisträger:

Wolf Graf von Baudissin (Demokratisierung der Bundeswehr)
Ludwig Raiser (Ostpolitik)

Medaillen:

Aktion »Student aufs Land« (Bildungschancen für Landkinder)
Rainer Wagner (Jugendzeitschrift »gabelmann«)

1968 »Demokratie glaubwürdig gemacht«

Preisträger:

Gustav Heinemann (Justizreform)

Medaillen:

Karin Storch (Schülerzeitung)
Helferkreis zur Betreuung ausländischer Zeugen in den KZ-Prozessen (Aussöhnung und Vergangenheitsbewältigung)

1969 »Konflikte – Ende oder Anfang der Demokratie«

Preisträger:

Günter Grass (Polit. Auseinandersetzung mit radikalen Gruppen)

Hans Heigert (Persönliches Engagement in der Kirche)

Hans Wolfgang Rubin (Einleitung der Ostpolitik)

Medaillen:

Gisela Freudenberg (Modellversuch Gesamtschule)
Christel Küpper (Friedenspädagogik)

1970 »Demokratisch leben«

Preisträger:

Bürgeraktion zum Schutze der Demokratie e.V. (gegen NPD)

Medaillen:

Lebenshilfe für Geistig Behinderte e.V.
Barbara Just-Dahlmann (Strafrechtsreform)

1971 »Mehr Demokratie braucht mehr Demokraten«

Preisträger:

Walter Scheel (Verantwortung in der Demokratie)
Aktion junge Menschen in Not, Gießen (Strafvollzug)

Medaillen:

Hans-Hermann Stührenberg (Autobahn-Leitplanken)
Aktion Bildungsinformation e.V., Stuttgart (Mehr Bildungschancen)

1972 »Demokratie verantworten«

Preisträger:

Alois Schardt und die Redaktionsgemeinschaft der ehem. Wochenzeitschrift »Publik« (Kirche und Demokratie)

Medaillen:

Verein zur Förderung von Gemeinwesenarbeit e.V., München
Verband für Praktizierte Humanität e.V., Hamburg
PROP-Alternative e.V., München (Drogen-Selbsthilfegruppe)

1973 »Der lange Weg vom Untertan zum mündigen Bürger«

Preisträger:

Der mündige Bürger

Medaillen:

Christian Wallenreiter (für publizistische Verdienste)
Theodor Hellbrügge (Behinderte Kinder)
Aktionsgemeinschaft Westend e.V.,

Frankfurt (Stadtplanung)

1974 »Demokratie aktiv legitimieren«

Preisträger:

Initiativgruppe zur Betreuung ausländischer Kinder e.V., München

Initiativkreis ausländischer Mitbürger und die Spiel- und Lerngruppen für Gastarbeiterkinder, Augsburg

Medaillen:

Dorothee Sölle (Engagement in der Kirche)

Thea Gerstenkorn (Frau in der Gemeinde)

1975 »Weltverantwortung und individuelle Lebenschancen«

Preisträger:

»Forum Regensburg e.V.«

(Altstadtsanierung)

Medaillen:

»Arbeitsgemeinschaft für Friedensdienste Laubach« e.V.

(Aktives Engagement für Frieden)

Modellversuch »Gerechtigkeit – Frieden«, Lüdinghausen (Dritte Welt)

1976 »Demokratie im Wahlkampf«

Preisträger:

Egon Bahr (Ostpolitik)

Burkhard Hirsch (Parlamentsreform)

Medaillen:

Es wurden keine Medaillen verliehen.

1977 »Grundwerte der Demokratie:

Initiative und Verantwortung«

Preisträger:

Karl Werner Kieffer

(Ökologische Verantwortung)

Dieter Fertsch-Röver (Mitbestimmung und

Vermögensbildung im Unternehmen)

Modell Berufseingliederung und Berufsausbildung »Lernbehinderter« der Handwerkskammer Mittelfranken

Medaillen:

Karl Klühspies (Stadterhaltung)

Gesellschaft für Sozialwaisen e.V. – GESO

(Engagement für familienlose Kinder)

1978 »Verteidigung der Freiheit«

Preisträger:

Helmut Schmidt (Demokratische Verantwortung angesichts terroristischer

Bedrohung)

Medaillen:

Manfred Rommel (Leben und Handeln im demokratischen, von Liberalität, Toleranz und Gerechtigkeit geprägten Sinne)

Alfred Grosser (Deutsch-französische Verständigung)

Johannes Hanselmann (Eintreten für Toleranz, Gerechtigkeit, Mitmenschlichkeit)

1979 »Bürgerengagement für Europa«

Preisträger:

Stadt Castrop-Rauxel (Städtepartnerschaften)

Medaillen:

Hilfsaktion Bretagne (Ölkatastrophe)

Lilo Milchsack (Deutsch-Englische

Gespräche)

Hans Paeschke (Zeitschrift »Merkur«)

1980 »Verantwortung für den Nächsten«

Preisträger:

terre des hommes Deutschland

(Hilfe für Kinder in aller Welt)

Horst Eberhard Richter

(Engagement in der Psychiatrie)

Medaillen:

Die vier Nachbarschaftshilfen (Soziale

Hilfe) Unterschleißheim-Oberschleißheim/

Garching/Hochbrück/Sozialdienst Unterpaffenhofen-Germering

Deutsch-Türkischer Kindertreff (Ausländerarbeit)

Gerhard Mauz (Demokratie und Justiz)

1981 »Arbeitslosigkeit –

Herausforderungen in der Zukunft«

Preisträger:

Es wurde kein Preis verliehen.

Medaillen:

Arbeitslosen-Initiative Stuttgart (Selbsthilfeorganisation)

Projekt JUBA (Jugend – Bildung – Arbeit)

der Philips-Werke Wetzlar

Juniorenarbeitskreis Haßberge der IHK

Würzburg/Schweinfurt (Ausbildungsplätze im Zonenrandgebiet)

1982 »Frieden wahren, fördern

und erneuern«

Preisträger:

Die Denkschrift der Kammer für öffentliche

Verantwortung in der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)

»Frieden wahren, fördern und erneuern« (Friedenspolitik)

Medaillen:

Verein für Friedenspädagogik Tübingen
Gemeinde Meeder bei Coburg
(Friedensfeste)

Klaus Peter Brück und Karl Hofmann für das Lehrerbildungsprojekt in Soweto/Südafrika (Frieden zwischen Rassen)

1983 »Der Nachbar als Fremder – der Fremde als Nachbar«

Preisträger:

Es wurde kein Preis verliehen.

Medaillen:

Renate Weckwerth und die von ihr geleitete »Regionale Arbeitsstelle zur Förderung ausländischer Kinder und Jugendlicher«, Oberhausen

Izzettin Karanlik (Deutsch-Türkische Ausbildungswerkstatt)

Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit e.V., Siegerland (Deutsche und Juden)

Hilde Rittelmeyer (Deutsch-Amerikanische Clubs)

1984 »Politischer Stil in der demokratischen Auseinandersetzung«

Preisträger:

Richard von Weizsäcker (Toleranz gegenüber politisch Andersdenkenden, Initiativen zur Ost- und Deutschlandpolitik)

Medaillen:

Liselotte Funcke (Ausländerbeauftragte)

Ruth Leuze (Datenschutzbeauftragte)
Stiftung DIE MITARBEIT e.V. (Förderung von Bürgerinitiativen)

Bund der Jugendfarmen und Aktivspielplätze e.V., Stuttgart

1985 »Verantwortung für die Freiheit«

Preisträger:

Georg Leber (Vermittlung in Tarifkonflikten)

Medaillen:

Aktion Menschen für Menschen – Karlheinz Böhm (Hilfe für Äthiopien)
Deutsches Komitee Not-Ärzte e.V. – Rupert

Neudeck (Ärzte-Engagement in aller Welt)
1986 »Mut zum Erinnern – Kraft zur Versöhnung«

Preisträger:

Werner Nachmann (jüdisch-deutsche Aussöhnung und friedliches Zusammenleben von Juden und Christen in der Bundesrepublik Deutschland)

Medaillen:

Arbeitsgemeinschaft Juden und Christen beim Deutschen Evangelischen Kirchentag (Abbau gegenseitiger Vorurteile im deutsch-jüdischen Verhältnis)

Tadeusz Szymanski (Einsatz als Betreuer und Gesprächspartner für Besuchergruppen im ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz)

Förderverein Internationale Jugendbegegnungsstätte Dachau e.V. (Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus)

Hartmut Peters und das Schüler-Lehrer-Projekt »Juden besuchen Jever« (deutsch-jüdische Aussöhnung am Beispiel der Heimatstadt)

Erwin Essl (deutsch-sowjetische Zusammenarbeit)

1987 »Verantwortung für Natur und Leben«

Preisträger:

Klaus-Michael Meyer-Abich

(ökologische Verantwortung)

Ralf-Dieter Brunowsky und Lutz Wicke (Ökologie und Ökonomie)

Medaillen:

Dieter Menninger und der Rheinisch-Bergische Naturschutzverein e.V. (regionaler Naturschutz)

Max Himmelheber (ökologisch verantwortungsbewußt handelnder Unternehmer und Mäzen für geistige, philosophische und kulturelle Initiativen)

Stadt Rottweil (Entwicklung und Erprobung umweltfreundlicher kommunaler Energie- und Müllentsorgungspolitik)

1988 »Grenzgänger zwischen Macht und Geist – zwischen Macht und Verantwortung«

Preisträger:

Walter Jens und Inge Jens

Medaillen:

Klaus von Dohnanyi

**1989 »Frieden – Gerechtigkeit –
Bewahrung der Schöpfung«**

Preisträger:

Carl Friedrich von Weizsäcker

Medaillen:

Es wurden keine Medaillen verliehen

**1990 »Für Menschenrechte –
gegen Extremismus«**

Preisträger:

Hans-Dietrich Genscher

Medaillen:

Hermann Lutz (Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei)
Schülermitverwaltung und Vertrauenslehrer des Werner-von-Siemens-Gymnasiums, München (Einsatz in der Auseinandersetzung mit ausländerfeindlichen und rechtsextremistischen Tendenzen in und außerhalb der Schule)

**1991 »Die friedlichen Demonstranten
des Herbstes 1989
in der damaligen DDR«**

zuerkannt und in Form von Theodor-Heuss-Medaillen verliehen an:

Christian Führer, Joachim Gauck,
David Gill, Anetta Kahane, Ulrike Poppe,
Jens Reich

1992 »Das vereinte Deutschland demokratisch gestalten – Rechtsextremismus und Ausländerhaß überwinden«

Preisträger:

Ausländerbeauftragte in den Bundesländern und kommunalen Körperschaften

Medaillen:

Die Initiative: Brandenburger Schülerinnen und Schüler sagen Nein zu Gewalt und Rechtsextremismus

Die Initiative: »VIA REGIA«, Görlitz und Zgorzelec (deutsch-polnische Begegnung und Aussöhnung)

**1993 »Auf der Suche nach
einem europäischen Zuhause«**

Preisträger:

Václav Havel

Medaillen:

Die Europäische Stiftung Kreisau/ Krzyzowa (Aussöhnung zwischen Deutschen

und Polen)

Der Initiator Frédéric Delouche und die 12 Autoren des ersten »Europäischen Geschichtsbuches«

Die (vormalige) Klasse 12 b der »Freien Waldorfschule Mannheim« und ihr Lehrer Anton Winter (Rumänienprojekt)

**1994 »Wege aus der
Politik(er)verdrossenheit«**

Preisträger:

Der 25. Deutsche Evangelische Kirchentag in München

Medaillen:

Hanna-Renate Laurien (Präsidentin des Berliner Abgeordnetenhauses)
Wolfgang Ullmann (MdB Bündnis 90/Die Grünen)
Peter Adena (Kommunalpolitiker, Engagement gegen (Jugend)Arbeitslosigkeit, Gewalt)
Frauenbrücke Ost-West, Sinsheim (persönliche Begegnungen von Frauen zwischen Ost und West)
Die 8. Gesamtschule Cottbus »Multikulturelle Stadtteilschule« (Gemeinsame Projekte mit rechtsextremistischen und ausländerfeindlichen Jugendlichen und Asylbewerbern)

1995 »Taten der Versöhnung«

Preisträger:

Hans Koschnick (Bürgermeister a.D. von Bremen, Engagement im Dienste der Versöhnung)
Helmuth Rilling (Leiter der Internationalen Bachakademie Stuttgart, musikalische Brücken in vielen Ländern der Welt, »Requiem der Versöhnung«)

Medaillen:

Die Schülerinitiative »Schüler helfen leben« (humanitärer Einsatz in den Bürgerkriegsregionen im ehemaligen Jugoslawien)
Initiative Christen für Europa mit ihrem Projekt »Freiwillige soziale Dienste Europa« (Einsatzorte an Brennpunkten sozialer Nöte)

in Europa)

1996 »Aufeinander zugehen – Mut zum Dialog«

Preisträger:

Ignatz Bubis (Vorsitzender des Zentralrates der Juden in Deutschland)

Medaillen:

Cem Özdemir (Deutsch-türkischer Bundestagsabgeordneter, Engagement zum Abbau von Vorurteilen)

Maria von Welsler (mit dem Frauenjournal »Mona Lisa« im ZDF)

Initiatoren und Gestalter des Friedensdorfes Storkow/Brandenburg (Errichtung eines Friedensdorfes)

1997 »Globaler Wettbewerb und sozialer Zusammenhalt – unvereinbar?«

Preisträger:

Lord Ralf Dahrendorf (für sein politisches und wissenschaftliches Lebenswerk)

Medaillen:

Das Hamburger Spendenparlament und sein Initiator Pastor Stephan Reimers (Realisierung neuer Formen sozialer Solidarität durch Hilfe zur Selbsthilfe)

DÖMAK Tauschring in Halle und sein Initiator Helmut Becker (durch Tausch von Tätigkeiten und/oder Gütern bargeldloser Kreislauf von Angebot und Nachfrage geldwerter Leistungen)

Initiator des Berliner Selbsthilfe-Projektverbundes ZUKUNFT BAUEN, Dieter Baumhoff

1998 »Auf der Suche nach einem neuen Ethos – weltweit und zuhause«

Preisträger:

Hans Küng (für lebenslanges Engagement in religiösen und ethischen Existenzfragen unserer Zeit)

Medaillen:

Europäisches Forum für Freiheit im Bildungswesen e.V. (Aufbau mittel- und ost-europäischer Bildungssysteme)

Peter Eigen, Gründer und Vorsitzender von »Transparency International e.V.«, Berlin

(Bekämpfung weltweiter Korruption)
Die Initiative Deutsch-Russischer Austausch e.V., Berlin (Aufbau und Beratung demokratischer Gesellschaftsstrukturen

in Rußland)

1999 »50 Jahre Grundgesetz – 35 Jahre Theodor-Heuss-Stiftung. Auf dem Wege zu einer

demokratischen Bürgergesellschaft«

Preisträger:

Jürgen Habermas (kritischer und vorausdenkender Anreger einer demokratischen Bürgergesellschaft)

Medaillen:

Belziger »Forum gegen Rechtsradikalismus und Gewalt e.V.« zusammen mit Netzwerk »Für ein tolerantes Eberswalde«

(Engagement gegen Rechtsextremismus und Fremdenhaß)

Uta Leichsenring, Polizeipräsidentin von Eberswalde zusammen mit Bernd Wagner, Leiter des Zentrums Demokratische Kultur, Berlin (Engagement gegen Rechtsextremismus und Jugendgewalt)

Deutscher Frauenring e.V., Landesverband Thüringen, und Gisela Poelke, Landesvorsitzende Schleswig-Holstein (Förderung von Frauen in Ostdeutschland)

Ruth Zenkert (Einsatz für Straßenkinder in Rumänien)

2000 »Europa weiter denken«

Preisträger:

Wolf Lepenies, Andrei Pleşu, (europa- und demokratiepolitisches Engagement)

Medaillen:

Europäisches Jugendparlament (Entwicklung und Gestaltung einer lebendigen europäischen Demokratie), Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (Erneuerung und lebendige Mitgestaltung unserer Demokratie)

Vorschläge und Anregungen für die Zuerkennung von Preisen und Medaillen können von jedermann formlos eingereicht werden. Auch Bewerbungen sind möglich. Als Preisträger kommen in Frage Staatsbürger, die sich in hervorragender Weise für das Allgemeinwohl eingesetzt haben, auch Klassen oder Schulgemeinschaften, Jugendgruppen, Organisationen und Einrichtungen der Erwachsenenbildung, Frauenorganisationen, Betriebsgruppen, sonstige Organisationen und Vereinigungen sowie politische Gruppen aller Art und Richtungen, die beispielhaft demokratisches Engagement, Zivilcourage und Einsatz für die Weiterentwicklung der Demokratie bewiesen haben. Das Preisgericht, das über die Einsendungen entscheidet, setzt sich aus Vorstand und Kuratorium der Stiftung zusammen. Die Auswahl der Preisträger erfolgt streng überparteilich. Einsendeschluss für Vorschläge ist jeweils der 1. Oktober eines Jahres.

Der Freundeskreis der Theodor-Heuss-Stiftung e.V. unterstützt die Theodor-Heuss-Stiftung bei der Verfolgung ihrer Ziele. Er wurde 1997 gegründet. Die Stiftung hat in ihm hilfreiche Freunde und Förderer gefunden. Der Freundeskreis will

- die Vermögensgrundlage der Stiftung erweitern,
- sie in Gesellschaft und Öffentlichkeit unterstützen und beraten sowie
- durch Spenden und Zuwendungen neue Projekte und Programme ermöglichen.

Dem Vorstand des Freundeskreises gehören unter dem Vorsitz von Dr. Lothar Späth an:

Ursula Heuss-Wolf für die Familie, Friedrich Graf von der Groeben,
Harald Panholzer.

Ehrevorsitzender Manfred Rommel

Wenn auch Sie die Ziele und die Arbeit der Theodor-Heuss-Stiftung unterstützen wollen, informieren wir Sie gerne über ihre Programme und Projekte. Schreiben Sie uns! Rufen Sie an! Oder besuchen Sie uns im Internet! Gerne schicken wir Ihnen auch die Veröffentlichungen der Stiftung. Sie geben Ihnen Material und Anregungen für die Arbeit im Sinne des Stiftungsauftrags.

Wenn Sie die Stiftung finanziell unterstützen wollen, haben Sie folgende Möglichkeiten:

- Werden Sie **Mitglied des Freundeskreises**
- Übernehmen Sie eine **Patenschaft** für eine Schülerin oder einen Schüler aus unserem Stipendienprogramm oder beteiligen Sie sich an unserem **Stipendienfonds!**
- Helfen Sie mit einer **Spende oder Patenschaft** einer der sozialen Initiativen, die alljährlich mit Theodor-Heuss-Medaillen ausgezeichnet werden!
- Tragen Sie mit einer **Zustiftung in unseren Stiftungsfonds** zur Aufstockung unseres Vermögens bei!
- Übergeben Sie dem Freundeskreis ein **Legat oder eine treuhänderische (unselbständige) Stiftung!**

Spender und Stifter werden selbstverständlich namentlich bekannt gemacht. Sie können aber auch anonym bleiben!

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an:

Freundeskreis der Theodor-Heuss-Stiftung e.V.

Im Himmelsberg 16

70192 Stuttgart

Telefon 0711/55 91 98

Telefax 0711/55 92 07

e-mail: info@theodor-heuss-stiftung.de

www.theodor-heuss-stiftung.de

Bankverbindung:

Landesbank Baden-Württemberg

BLZ 600 501 01

Konto 11 55 662

Impressum

Herausgeber

Theodor-Heuss-Stiftung zur Förderung
der politischen Bildung und Kultur
in Deutschland und Europa e.V.

Im Himmelsberg 16

70192 Stuttgart

Telefon 0711/55 91 98

Telefax 0711/55 92 07

e-mail: info@theodor-heuss-stiftung.de

www.theodor-heuss-stiftung.de

Spendenkonto

Landesbank Baden-Württemberg

BLZ 600 501 01

Konto 20 94 526

Redaktion

Dr. Christoph Walter/Birgitta Reinhardt

Gestaltung

United Ideas, Stuttgart

Fotonachweis

Wilhelm Mierendorf

Druck

Druckerei Leibfarth + Schwarz,

Dettingen/Erms